

## **A1 Kalk atmet auf! Autofreie Kalker Hauptstraße**

Antragsteller\*in: Jusos Kalk

### **Antragstext**

1 Die Kalker Hauptstraße braucht ein Upgrade. Durchgangsverkehr, hierdurch  
2 entstehender Lärm und fehlende Aufenthaltsflächen machen den zentralen  
3 Straßenabschnitt für Anwohnende, Familien und Jugendliche unattraktiv. Somit  
4 wird Begegnung und gemeinschaftliches Leben im Veedel verhindert. Gleichzeitig  
5 fehlt Raum für kulturelle und nachbarschaftliche Aktivitäten, der die Kalker  
6 Hauptstraße zu einem lebendigen Ort machen könnte.

7 Daher fordern wir, die Kalker Hauptstraße an Sonntagen autofrei zu machen und  
8 dies in einem zeitlich begrenzten Pilotprojekt zu testen. Ein hierfür erstelltes  
9 Sicherheitskonzept soll die Zufahrt auf die Straße verhindern. Ausnahmen für  
10 notwendige Durch- oder Zufahrten, z.B. Krankenwagen/Feuerwehr/Polizei, soll es  
11 geben.

12 Der frei werdende Straßenraum kann für einfache Sitzgelegenheiten, Spiel-, Koch-  
13 und Bewegungsangebote, Aktionen von Vereinen bzw. gemeinnützigen Organisationen  
14 genutzt werden.

15 Da Geschäfte sonntags ohnehin geschlossen haben, entstehen keine  
16 wirtschaftlichen Nachteile. Eine begleitende Evaluation soll zeigen, wie die  
17 Straße genutzt wird und wie die Maßnahme im Veedel ankommt.

## A2 Baulich getrennt – politisch vereint

Antragsteller\*in: SB Innenstadt, SB Lindenthal

### Antragstext

Die SPD Köln setzt sich für eine sichere, nachhaltige und menschenfreundliche Mobilität in unseren Stadtteilen ein. Auf der Luxemburger Straße besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf, um die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Wir fordern daher:

1. **dass sich die SPD Köln für die Planung und Umsetzung eines baulich getrennten, durchgängigen und sicheren Radwegs auf der Luxemburger Straße einsetzt**, insbesondere im Abschnitt zwischen Scherfgingstraße und Weißhausstraße in Köln-Sülz;
2. **dass die SPD Köln den Austausch mit relevanten Initiativen, Anwohner:innen und Fachakteuren sucht**, um Bedarfe und Gestaltungsmöglichkeiten einzubeziehen;
3. **dass die SPD Köln auf eine Gesamtstrategie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Luxemburger Straße hinwirkt**, wobei der baulich getrennte Radweg als zentrale Maßnahme priorisiert wird.

### Begründung

Die Einführung von Tempo 30 auf der Luxemburger Straße war ein wichtiger erster Schritt zur Erhöhung der Sicherheit und zur Reduzierung der Belastungen für Anwohner:innen. Trotz dieser Fortschritte bleibt die Straße jedoch weiterhin ein Unfallschwerpunkt, insbesondere für Radfahrer:innen. Der bestehende Verkehrsraum bietet für den Radverkehr keine ausreichende Sicherheit, wodurch viele Menschen das Fahrrad gar nicht erst nutzen oder sich im Straßenverkehr unsicher fühlen.

Baulich getrennte Radwege sind eine der wirksamsten Maßnahmen, um Konflikte zwischen Auto- und

Radverkehr zu reduzieren und die objektive wie subjektive Sicherheit deutlich zu erhöhen. Ein solcher Radweg würde nicht nur Unfälle vermeiden, sondern auch mehr Menschen zum Umsteigen auf das Fahrrad motivieren – ein Gewinn für Gesundheit, Umwelt und das gesamte Viertel.

Gerade in einem dicht besiedelten Wohngebiet wie Sülz ist eine klare Trennung der Verkehrsarten notwendig, um allen Verkehrsteilnehmenden – insbesondere den schwächeren – Schutz und Raum zu geben.

## **A3 Kanzler\*innen-Doppelspitze – doppelt Spitze!**

Antragsteller\*in: SB Innenstadt

### **Antragstext**

1 Wir fordern, dass sich die Jusos Köln auf Bundes- und Landesebene für die  
2 Einführung einer quotierten Kanzler\*innen-Doppelspitze einzusetzen. Dieses  
3 Modell soll sicherstellen, dass höchste politische Verantwortung nicht länger  
4 von einzelnen allein getragen wird, sondern vielfältige Perspektiven,  
5 Geschlechter, Sexualitäten, Lebensrealitäten und Kompetenzen gleichberechtigt  
6 vertreten werden.

### **Begründung**

#### 1. Für mehr Vielfalt und echte Gleichberechtigung:

Als queerfeministischer Richtungsverband verstehen wir, dass Repräsentation nicht nur ein Symbol ist, sondern politische Wirkung entfaltet. Eine Kanzler\*innen-Doppelspitze sorgt dafür, dass marginalisierte Gruppen sichtbar werden, Verantwortung übernehmen und an den entscheidenden Hebeln der Macht hierzulande mitbestimmen.

#### 2. Gegen toxische Machtstrukturen:

Deutschland hat nicht erst seit der Vereidigung von Friedrich Merz ein strukturelles Problem mit toxischen, reichen, machtbessenen, alten, weißen, hetero, cis Männern, die der Gesellschaft regelmäßig Steine in den Weg legen. Doppelspitzen auf Bundes- und Landesebene in Ministerien, Staatskanzleien und dem Kanzleramt brechen diese Machtmonopole auf, zwingen zu Kollaboration und verhindern, dass einzelne Entscheidungsträger\*innen ungefiltert durchregieren.

#### 3. Eine neue politische Kultur:

Doppelspitzen fördern Zusammenarbeit, gegenseitige Kontrolle und – ganz ehrlich – auch guten Gossip. Politik wird wieder menschlich, nahbar und unterhaltsam. Gleichzeitig profitieren die Gehirnzellen unserer Bürger\*innen, denn schlechter Trash-TV von RTL II, Pro Sieben & Co. wird irrelevant, während echtes politisches Interesse wächst und die Doppelspitzen in einer Trash-TV Doku von Arte und dem ZDF – moderiert von MrWissen2Go und Fabian Köster – begleitet werden könnte.

#### 4. Work-Work-Balance:

Geteilte Verantwortung bedeutet weniger Überlastung für Einzelpersonen, gesündere Arbeitsmodelle im

Kanzleramt, den Ministerien und Staatskanzleien sowie die Möglichkeit, Politik auf Augenhöhe zu gestalten – ohne Burnout und Machtspielchen. Die Arbeitswoche der Kanzler\*innen-Doppelspitze könnte pro Person auf 10h pro Tag gedeckelt werden, somit wäre sichergestellt, dass sich auch wirklich um die Gesellschaft gekümmert wird.

### 5. Innovation und Vorbildwirkung:

Die Jusos und die SPD könnten mit diesem Modell zeigen, dass progressive Politik nicht nur in Sonntagsreden oder halbherzigen Kampagnen, sondern in der Praxis funktioniert. Doppelspitzen setzen ein sichtbares Zeichen für Inklusivität, Teamarbeit und Diversität – in der Regierung, in Parteien und darüber hinaus in der Gesellschaft.

### Umsetzungsvorschlag:

- Einführung einer verfassungsrechtlich verpflichtenden Doppelspitze auf Bundes- und Landesebene in Ministerien, Staatskanzleien und dem Kanzleramt.
- Strikte Quotenregelung nach Geschlechts- und Diversitätskriterien, um Repräsentation zu garantieren.
- Öffentlichkeitskampagne, die die Doppelspitze als modernes, inklusives, spannendes und effizientes Führungsmodell inszeniert.
- Einrichtung eines Mechanismus zur fairen Aufgabenverteilung zwischen beiden Kanzler\*innen.
- Schick-Schnack-Schnuck darum wer das coolere Büro bekommt

### Fazit:

Wir Jusos fordern: Doppelspitze, weil doppelt spitze. Für mehr Diversität, mehr Gleichberechtigung, eine neue politische Kultur, bessere Work-Work-Balance und exzellenten Gossip direkt aus dem Kanzleramt präsentiert von Arte, dem ZDF, MrWissen2Go und natürlich Fabian Köster. Deutschland braucht frische Köpfe, Teamarbeit auf höchster Ebene und ein bisschen Drama, das wirklich zählt – Politik, die sichtbar wirkt, Spaß macht und Verantwortung teilt.

## A4 KVB-Rad stärken: Verlässliche Radmobilität für Menschen in Köln

Antragsteller\*in: SB Innenstadt

### Antragstext

Die Jusos Köln fordern die **SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln** dazu auf, sich für eine spürbare Stärkung des KVB-Radsystems einzusetzen. Konkret soll die SPD dafür arbeiten, dass:

**mehr KVB-Räder** im gesamten Stadtgebiet bereitstehen, besonders in dicht besiedelten Vierteln und den äußeren Stadtteilen,

der **technische Zustand der Räder zuverlässig verbessert** wird durch **regelmäßige Wartung** und **schnelle Reparaturen**,

die **App-Standortanzeige präziser** wird, damit Räder immer verlässlich auffindbar sind.

Eine **Einführung zentraler Fahrrad-Sammelpunkte**:

Langfristig sollen feste Abstell- und Ausleihpunkte (z. B. an Bahnhöfen, ÖPNV-Haltestellen, großen Plätzen wie Chlodwigplatz, Barbarossaplatz, Wiener Platz etc.) eingeführt werden, die die Auffindbarkeit und Verlässlichkeit des Systems erhöhen und dazu führen, dass die Menschen in der Stadt nicht zu viel Zeit in die Suche nach- und den Weg zu den Fahrrädern investieren. Dies erfordert jedoch zuerst eine Erhöhung der Gesamtzahl der verfügbaren Fahrräder und stellt ein langfristiges Ziel dar.

### Begründung

Das KVB-Rad ist ein zentraler Baustein einer modernen, klimafreundlichen und sozial gerechten Mobilität in Köln. Besonders junge Menschen, Studierende, Auszubildende und Menschen ohne eigenes Auto sind auf ein funktionierendes und verlässliches Leihradsystem angewiesen.

Gerade für sie bietet das KVB-Rad die Möglichkeit, flexibel, günstig und umweltfreundlich durch die Stadt zu

kommen.

Aktuell jedoch erfüllt das System diesen Anspruch nicht. In vielen Veedeln stehen zu Stoßzeiten sehr wenige bis kaum Räder zur Verfügung, in Außenbezirken fehlt oft jedes Angebot. Hinzu kommt, dass ein beträchtlicher Teil der Räder technisch in schlechtem Zustand ist – von defekten Schlössern bis hin zu kaputten Satteln.

Die ungenaue Standortanzeige in der App erschwert zudem die Nutzung erheblich: Viele Menschen verschwenden unnötig viel Zeit damit, nach den Rädern zu suchen, die laut App eigentlich in der Nähe sein sollten und dann teils in komplett anderen Straßen oder Abschnitten gefunden werden.

Für viele junge Menschen wäre es ein wichtiges Signal, wenn Politik sichtbar und spürbar in ihrem Alltag etwas verbessert: Wenn Räder zuverlässig funktionieren, wenn die App korrekt arbeitet und wenn an zentralen Punkten immer verfügbare Räder stehen. Hier zeigt sich Politik im Kleinen: konkret, pragmatisch und wirksam. Ein gut funktionierendes KVB-Rad-System wäre damit nicht nur ein Fortschritt für die Verkehrswende, sondern auch ein Beispiel dafür, dass Politik etwas verändern kann und verändert.

## **A5 Weil Rechte Memes nicht als Unterricht gelten sollten**

Antragsteller\*in: SB Innenstadt

### **Antragstext**

1 Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln und das Land NRW auf, die politische  
2 Bildung an allen Schulformen deutlich zu stärken, indem sie schulische  
3 Demokratiebildung ab der 5. Klasse integriert und sie in mehr Unterrichtsformate  
4 erfahrbar macht (z. B. Schüler\*innenparlamente, Projektwochen, Planspiele).

5 Zusätzlich fordern wir, dass ein kommunales Förderprogramm „Politische Bildung“  
6 eingerichtet wird, das Workshops externer Träger (z. B. politische  
7 Jugendorganisationen, Bildungsträger, Initiativen gegen Rechts) und  
8 Fortbildungsangebot für Lehrkräfte finanziert, z. B. zu Themen wie digitaler  
9 Öffentlichkeit, Umgang mit Desinformation, Rechtsextremismusprävention und  
10 moderner Didaktik der politischen Bildung.

### **Begründung**

Politische Bildung ist die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft und sie ist in Zeiten von Populismus, Desinformation und wachsendem Rechtsruck wichtiger denn je. Gerade junge Menschen sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen, haben jedoch häufig wenig Einblick in demokratische Prozesse oder fühlen sich nicht angesprochen. Obwohl Schulen ein zentraler Ort demokratischer Sozialisation sind, fehlt es oft an Zeit, Ressourcen und modernen Formaten, um politische Bildung angemessen zu vermitteln. Viele Lehrkräfte berichten von überlasteten Lehrplänen, zu wenig Unterstützung bei sensiblen Themen und mangelnden Fortbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wünschen sich Schüler\*innen mehr Verständnis politischer Zusammenhänge und Räume, in denen sie sich austauschen und ihre Meinung bilden können.

Mehr politische Bildung in Kölns Schulen bedeutet:

- **echte Beteiligung**, statt nur theoretischem Input,
- **Kompetenz gegen Falschinformationen** und extremistische Ideologien,

- **Stärkung der demokratischen Kultur,**
- **mehr Jugendliche, die sich kommunalpolitisch einbringen,**
- und **gleichberechtigten Zugang zu politischen Angeboten** – unabhängig von Herkunft, Bildungshaus oder Schulform.

Eine vielfältige, gut finanzierte politische Bildungslandschaft ist daher eine zentrale kommunale Aufgabe. Köln hat die Ressourcen und die Verantwortung, hier bundesweit ein positives Beispiel zu setzen.

## A6 „Klimakrise? Köln bleibt cool – Hitzeinseln bekämpfen!

Antragsteller\*in: SB Innenstadt

### Antragstext

Die Stadt Köln soll ein kommunales Programm zur Reduzierung urbaner Hitzeinseln auflegen, das insbesondere sozial benachteiligte Stadtviertel berücksichtigt. Maßnahmen sollen beinhalten:

- Pflanzung von Bäumen und begrünten Flächen an öffentlichen Orten, Schulen und Jugendzentren,
- Schaffung von schattigen Aufenthaltsbereichen und Wasserstellen in Parks und auf Plätzen,
- Förderung von begrünten Dächern und Fassaden bei Neubauten und Sanierungen.

Die Stadtverwaltung soll eng mit Schulen, Jugendzentren und Quartiersinitiativen zusammenarbeiten, um junge Menschen aktiv an der Planung und Umsetzung teilhaben zu lassen. Ziel ist es, Köln bis 2030 messbar „hitzeresistenter“ zu machen.

### Begründung

Klimawandel ist kein abstraktes Problem – die Sommer in Köln werden heißer, die Nächte weniger erträglich, und Hitze trifft sozial schwächere Stadtviertel besonders stark. Junge Menschen, die dort wohnen, lernen unter diesen Bedingungen oft schlechter, haben weniger Freizeitmöglichkeiten im Freien und leiden stärker unter gesundheitlichen Belastungen. Hitzeinseln entstehen durch versiegelte Flächen, fehlende Bäume, wenig Grünflächen und dichte Bebauung. Sie verschärfen die gesundheitlichen Risiken des Klimawandels und verstärken soziale Ungleichheit. Ein kommunales Programm gegen urbane Hitzeinseln ist daher **sozial-ökologisch notwendig**:

- Es schützt die Gesundheit von jungen Menschen, Kindern und Senior\*innen gleichermaßen.

- Es schafft öffentliche Räume, die Beteiligung und Gemeinschaft fördern.
- Es liefert sichtbare, konkrete Ergebnisse im Kampf gegen den Klimawandel auf kommunaler Ebene.

Durch die aktive Einbindung junger Menschen können zudem lokale Lösungen gefunden werden, die sowohl ökologisch sinnvoll als auch sozial gerecht sind.

### Hintergrundinformationen

- **Hitze belastet Stadtbewohner\*innen:** Untersuchungen zeigen, dass urbane Hitze insbesondere in dicht bebauten und sozial benachteiligten Quartieren deutlich höher ist als in grüneren Gegenden.
- **Gesundheitliche Folgen:** Hitzebelastung führt zu Schlafstörungen, Erschöpfung, Kreislaufproblemen und erhöhtem Risiko für hitzebedingte Erkrankungen.
- **Klimagerechtigkeit:** Menschen in benachteiligten Vierteln haben oft weniger Zugang zu kühlen Räumen oder Grünflächen, wodurch soziale Ungleichheiten verstärkt werden.
- **Partizipation junger Menschen:** Schulen und Jugendzentren können als „Hitze-Oasen“ dienen und gleichzeitig junge Menschen an Klimaschutzprojekten beteiligen.
- **Evidenz für Effektivität:** Städte, die konsequent Bäume pflanzen und öffentliche Plätze begrünen, senken lokal die Temperatur um mehrere Grad und schaffen gleichzeitig attraktive Begegnungsräume.

## **A7 Sozial gerechte Flächenvergabe durch Transparenz: Einführung eines Liegenschaftsberichts**

Antragsteller\*in: SB Innenstadt

### **Antragstext**

Die SPD-Ratsfraktion Köln wird aufgefordert, sich im Rat dafür einzusetzen, dass jährlich ein Bericht über den Bestand der städtischen Liegenschaften sowie deren Nutzung und Vergabe vorgelegt wird.

Der Bericht soll dabei folgende Aspekte berücksichtigen:

#### 1. Bestandsübersicht des kommunalen Grundvermögens

- Gesamtfläche des städtischen Besitzes (nach Nutzungsart: Wohnen, Gewerbe, soziale Infrastruktur etc.).
- Veränderungen zum Vorjahr (Zu- und Abgänge, Rückläufe aus Erbbaurechten, Umwidmungen).
- Eigentumsstruktur: Stadt und städtische Gesellschaften (wie die GAG und Stadtwerke)

#### 2. Vergaben und Verkäufe im Berichtszeitraum

Auflistung aller Fälle aggregiert, nicht namentlich

- Verkäufe städtischer Grundstücke (Anzahl, Fläche, Lagekategorien (Innenstadt, zu innenstadtnah, Außenbezirke), Art der Nutzung (Wohnen, Gewerbe etc.), Vergabemodus: Höchstpreis, Konzeptvergabe, Direktverkauf.

- Erbbaurechtsvergaben (Anzahl, Fläche, Erbbauzinsmodelle, Anteil sozialer Träger, Baugemeinschaften, Studierendenwohnen, freie Träger der Jugendhilfe etc.)
- Konzeptvergaben (Übersicht über alle durchgeführten bzw. laufenden Verfahren, Anzahl der Bewerbungen vs. Zuschläge, Anteil der Projekte mit Gemeinwohl- oder Sozialbezug)
- ggf. Zwischennutzungen; insbesondere für Vereine, Kultur, soziale Träger.

### 3. Nutzung von Vorkaufsrechten (§§ 24–28 BauGB)\*\*

Zahl der tatsächlich ausgeübten Vorkaufsrechte, ggf. Gründe für Nichtergreifen, finanzielle Auswirkungen

### 4. Entwicklungslinien und Flächenpotenziale

Überblick über strategisch wichtige Liegenschaften (z. B. Infrastrukturflächen, Konversionsflächen), Potenziale für soziale Infrastruktur, studentisches Wohnen, Bildung, Kultur etc.

## **Begründung**

Jedes Jahr trifft die Stadt Köln Entscheidungen darüber, wie ihre Liegenschaften vergeben oder genutzt werden können. Diesen Entscheidungen kommt in Zeiten des knappen Wohnraums und wachsender sozialer Infrastrukturbedarfe eine zentrale Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt zu.

Dabei hat die Stadt viele sinnvolle Maßnahmen, wie etwa die Konzeptvergabe\* und die verstärkte Nutzung von Erbbaurecht\* sowie die Nutzung von sozialen Erhaltungssatzungen\* und das Kooperative Baulandmodell\* implementiert. Es gibt allerdings keinen öffentlichen Überblick, wie viele Grundstücke verkauft, im Erbbaurecht vergeben oder für soziale Zwecke bereitgestellt wurden. Köln verfolgt also Ziele einer Gemeinwohlorientierung und sozialen Infrastruktur, aber es fehlt eine faktenbasierte Grundlage, um Fortschritte oder Lücken zu bewerten.

Soziale Einrichtungen, Studierendenwohnheime, Kultur- und Jugendträger brauchen Flächen, doch aktuell gibt es keine Klarheit, wie oft sie gegenüber Investoren tatsächlich zum Zug kommen. Ein Bericht schafft eine strategische Grundlage statt reiner Fall-zu-Fall-Praxis, und kann zum Beispiel sichtbar machen, ob und wie die Stadt soziale Träger bei der Flächenvergabe unterstützt.

### **\* Hintergrundinfos**

Siehe

- zur Konzeptvergabe:  
[https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=119057&voselect=29833](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=119057&voselect=29833)
  
- zum Erbbaurecht:  
<https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/mitteilungen/24276/index.html>
  - Baustein 1: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=95095](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=95095)
  - Baustein 2: [https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?\\_kvonr=119310](https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=119310)
  
- Soziale Erhaltungssatzungen:  
[https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/stadtentwicklung/soziale-erhaltungssatzungen/index.html?path\\_info=/artikel/69318/index.html](https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/stadtentwicklung/soziale-erhaltungssatzungen/index.html?path_info=/artikel/69318/index.html)
  
- zum kooperativen Baulandmodell: <https://www.stadt-koeln.de/artikel/62175/index.html>

\*\* zum kommunalen Vorkaufsrecht ist allerdings beachtlich, dass diese Möglichkeit mit BVerwG 4 C 1.20 – Urteil vom 09.11.2021 stark eingeschränkt wurde (<https://www.bverwg.de/de/091121U4C1.20.0>)

## **A8 Mental Health Matters – Ausbau kommunaler Psychiatrieangebote für Kölns Jugend**

Antragsteller\*in: SB Innenstadt

### **Antragstext**

Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln auf, das kommunale psychiatrische und psychosoziale Versorgungsangebot für junge Menschen (14–27 Jahre) spürbar auszubauen.

Dafür soll die Stadt Köln gemeinsam mit den Krankenkassen, dem Jugendamt und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege ein Konzept zur besseren Koordination der Hilfsangebote erarbeiten, damit sie sichtbarer werden. Folgende Maßnahmen sollen besonders gestärkt werden:

- Ausbau mobiler Krisendienste mit 24/7-Erreichbarkeit
- Ausbau der begleiteten Übergänge zwischen Schule, Jugendhilfe, Psychiatrie und Erwachsenenpsychiatrie
- Ausbau von aufsuchenden, anonymen und digitale psychosozialen Angeboten wie Chat- und Videoberatung und digitale Akuthilfe

Ziel ist es, Wartezeiten drastisch zu reduzieren und Betroffene schneller in passende Versorgung zu vermitteln. Zusätzlich fordern wir das psychosoziale Angebote besser aufsuchend, anonym und digital erreichbar werden.

### **Begründung**

Die psychische Belastung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nimmt seit Jahren kontinuierlich zu und die Versorgungslandschaft in Köln hält mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Überfüllte psychiatrische Ambulanzen und mehrmonatige Wartezeiten auf Therapieplätze führen dazu, dass viele junge Menschen erst dann Hilfe erhalten, wenn sich ihre Situation bereits massiv zugespitzt hat. Psychische Erkrankungen im jungen Alter bedeuten nicht nur individuelles Leid, sondern haben tiefgreifende Folgen für Bildungschancen,

soziale Teilhabe und die eigene Lebensperspektive. Gerade Übergänge – vom Schulabschluss in Ausbildung oder Studium, von der Jugendhilfe in die Erwachsenenpsychiatrie – sind für junge Menschen besondere Belastungssituationen. Ohne verlässliche Hilfsstrukturen entstehen Versorgungslücken, die für Betroffene gefährlich werden können. Kommunale, niedrighschwellige und gut finanzierte Angebote wirken diesem Trend entgegen. Städte wie Köln haben hier eine besondere Verantwortung: Dort, wo junge Menschen wohnen, lernen und ihre Freizeit verbringen, müssen auch Hilfsangebote präsent und erreichbar sein. Ein Ausbau der kommunalen psychiatrischen Versorgung bietet präventive, unbürokratische Unterstützung und entlastet zugleich das überforderte reguläre Versorgungssystem.

## **A9 Auch Dellbrück und Holweide gehören zu Köln!**

Antragsteller\*in: Jusos Mülheim

Weiterleitung an: Köln SPD

### **Antragstext**

1 Die SPD Köln hat im vergangenen Wahlkampf klar versprochen, den öffentlichen  
2 Personennahverkehr für die ganze Stadt zu stärken, ausdrücklich auch in den  
3 Außenbezirken. Ein leistungsfähiger ÖPNV darf nicht an Bezirksgrenzen enden. Er  
4 muss für alle Kölner\*innen erreichbar und zuverlässig sein, unabhängig davon, ob  
5 sie in der Innenstadt oder am Rand der Stadt leben.

6 Die Stadt Köln sowie die KVB werden aufgefordert, die Stadtbahnlinie 18 wieder  
7 bis zur Endhaltestelle Thielenbruch zu führen und die ursprüngliche  
8 Linienführung vollständig wiederherzustellen.

### **Begründung**

Die Linie 18 ist eine der bedeutendsten Stadtbahnachsen im Kölner Norden und Osten. Ihr Einzugsgebiet umfasst rund 80.000 Menschen, die auf eine leistungsfähige und direkte Anbindung angewiesen sind.

Seit der Verkürzung der Linienführung kommt es auf den verbleibenden Abschnitten insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten am Morgen und im Feierabendverkehr zu massiver Überfüllung. Die Bahnen in Richtung Thielenbruch gehören ohnehin regelmäßig zu den am stärksten frequentierten Linien im gesamten Netz. Eine reduzierte Taktung oder verkürzte Strecke verschärft diese Situation erheblich.

Darüber hinaus werden durch die aktuelle Linienführung zwei Veedel faktisch abgehängt. Für viele Anwohnende bedeutet dies längere Wege, zusätzliche Umstiege, mehr Unsicherheit und einen messbaren Attraktivitätsverlust des ÖPNV. Dies steht im klaren Widerspruch zu unserem Ziel, den Umstieg auf Bus und Bahn zu fördern, den Verkehr zu reduzieren und die Mobilität in Randlagen zu stärken.

Eine Weiterführung der Linie 18 bis Thielenbruch ist daher ein notwendiger und sinnvoller Schritt, um die Versorgungslücke zu schließen, die Belastung zu reduzieren und die Mobilität für viele

**Bürgerinnen und Bürger spürbar zu verbessern.**

## **A10 Schutz ist ein Menschenrecht**

Antragsteller\*in: Jusos Mülheim

Weiterleitung an: Köln SPD

### **Antragstext**

Die aktuellen Haushaltskürzungen treffen insbesondere den sozialen Bereich der Stadt Köln und gefährden damit zentrale Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder. Gleichzeitig wirken in unserer Gesellschaft weiterhin patriarchale Strukturen, die Ungleichheiten fortschreiben und geschlechtsspezifische Gewalt begünstigen. Besonders Frauen in gefährdenden oder gewaltgeprägten Beziehungen benötigen verlässliche Schutzräume, niedrighschwellige Unterstützung und eine funktionierende sozialpolitische Infrastruktur.

Um den Schutz von Frauen und ihren Kindern sicherzustellen, braucht es deshalb eine klare kommunale Priorisierung sowie den Erhalt und Ausbau bestehender Angebote. Deshalb fordern wir:

#### **1. Sicherung der Frauenhäuser**

- Frauenhäuser und Schutzunterkünfte dürfen von Haushaltskürzungen nicht betroffen sein.
- Die Finanzierung ist langfristig sicherzustellen, um jederzeit ausreichende Kapazitäten und professionelle Betreuung anbieten zu können.

#### **2. Unterstützung einer multidimensionalen Herangehensweise**

- Enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde, um betroffene Frauen vor aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit zu schützen und Unterstützungswege zu sichern.
- Kooperative Strukturen mit dem Jugendamt, um den Schutz von Kindern in

21 belastenden Familiensituationen zu gewährleisten.

- 22 • Sicherstellung der Anbindung an therapeutische Angebote, psychologische  
23 Beratung sowie medizinische Versorgung.

- 24 • Ausbau der Kooperation mit Obdachlosenunterkünften, um obdachlose Frauen  
25 nach einem Aufenthalt im Frauenhaus zuverlässig aufzufangen und ihnen  
26 Übergangsperspektiven zu ermöglichen.

### 27 3. Soforthilfe bei Ankunft in Schutzunterkünften

- 28 • Bereitstellung einer einmaligen finanziellen Unterstützung zur  
29 grundlegenden Erstausrüstung, da viele Frauen und Kinder mit kaum mehr  
30 als dem Nötigsten ankommen. Die Einmalzahlung soll Kleidung,  
31 Hygieneartikel, Alltagsgegenstände und weitere unmittelbar benötigte  
32 Materialien abdecken.

## Begründung

Gewalt gegen Frauen stellt in Deutschland weiterhin ein gravierendes gesellschaftliches Problem dar, das durch aktuelle Zahlen eindrücklich belegt wird. Nach dem jährlichen Lagebild „Häusliche Gewalt“ des Bundeskriminalamts steigt die Zahl der Fälle seit Jahren kontinuierlich an. Allein 2023 waren über 240.000 Menschen von häuslicher Gewalt betroffen, mehr als zwei Drittel davon Frauen. Besonders alarmierend ist, dass ein Großteil dieser Taten im unmittelbaren sozialen Nahraum stattfindet, häufig durch (Ex-)Partner. Diese Daten verdeutlichen, dass Frauen in Beziehungen ein besonders hohes Risiko tragen und Schutzangebote unverzichtbar sind.

Auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist regelmäßig darauf hin, dass geschlechtsspezifische Gewalt eng mit strukturellen Ungleichheiten und patriarchalen Gesellschaftsnormen verknüpft ist. Ökonomische Abhängigkeit, fehlende sichere Wohnperspektiven und aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten erhöhen das Risiko zusätzlich und erschweren betroffenen Frauen den Weg aus einer Gewaltbeziehung. Besonders für Frauen mit Migrationsgeschichte oder ohne gesicherten Aufenthalt kann die Angst vor behördlichen Konsequenzen ein Hindernis darstellen, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte betont in seinen Berichten, dass Kinder in gewaltbelasteten Familien ebenfalls als Betroffene gelten. Sie erleben Gewalt direkt oder indirekt mit und benötigen deshalb einen ebenso konsequenten Schutz. Damit wird klar: Frauen- und Kinderschutz sind untrennbar miteinander verwoben und erfordern eine koordinierte, ganzheitliche Hilfestruktur.

**Vor diesem Hintergrund ist es besonders problematisch, dass kommunale Haushaltskürzungen gerade jene sozialen Einrichtungen unter Druck setzen, die zentrale Schutzarbeit leisten. Frauenhäuser, Beratungsstellen und medizinisch-therapeutische Unterstützungsangebote sind keine verzichtbaren Zusatzangebote, sondern oft lebensrettende Infrastrukturen. Werden diese aufgrund finanzieller Engpässe geschwächt, geraten Schutz und Versorgung der Betroffenen in Gefahr. Ebenso wichtig ist eine verlässliche Perspektive für die Zeit nach dem Aufenthalt im Frauenhaus: Ohne Anschlussmöglichkeiten, etwa über Obdachlosenunterkünfte oder Übergangshilfen, droht vielen Frauen ein Rückfall in Unsicherheit oder sogar erneute Gewalt.**

**Die dargestellten Erkenntnisse zeigen eindeutig, dass Köln eine tragfähige, finanziell abgesicherte und multidisziplinär arbeitende Schutzlandschaft benötigt, um Frauen und Kinder wirksam zu schützen. Die im Antrag formulierten Forderungen leisten hierzu einen notwendigen Beitrag und entsprechen zugleich den menschenrechtlichen Verpflichtungen, die Deutschland und damit auch die Kommunen tragen.**

## **A11 Save in der KVB now**

Antragsteller\*in: Jusos Mülheim

Weiterleitung an: Köln SPD

### **Antragstext**

1 Der öffentliche Personennahverkehr ist für viele Menschen unverzichtbar. Etwa  
2 für den Weg zur Arbeit, zur Schule, zur Uni, zum Ehrenamt oder nach Hause. Doch  
3 für viele ist er kein sicherer Raum. Besonders Flinta-Personen, queere Menschen,  
4 oder marginalisierte Gruppen erleben in Bahnen und an Haltestellen regelmäßig  
5 Belästigungen, Bedrohungen oder Übergriffe. Diese Situationen sind oft von  
6 Unsicherheit geprägt. Nicht nur darüber, was geschieht, sondern auch darüber,  
7 wie man schnell, effektiv und unauffällig Hilfe bekommt.

8 In akuten Gefahrensituationen ist es nicht immer möglich, sich Hilfe zu holen,  
9 ohne die Situation weiter zu eskalieren oder sich selbst zu gefährden. Gerade  
10 sexualisierte Belästigung und Gewalt sind häufig von Machtungleichgewichten,  
11 Angst und Scham begleitet, die das offene Einfordern von Hilfe erschweren.

12 Deshalb fordern wir die Einführung einer „Save-Now“-Funktion in der KVB-App, mit  
13 der Fahrgäste in Gefahrensituationen unauffällig und schnell Hilfe anfordern  
14 können.

15 Die „Save-Now“-Funktion soll es ermöglichen, über die bestehende KVB-App mit  
16 einem einzigen, möglichst unauffälligen Klick ein Notsignal abzusetzen. Dieses  
17 Signal soll direkt beim Fahrpersonal bzw. in einer Leitstelle der KVB eingehen.  
18 Dort kann die Situation, beispielsweise über die bereits vorhandenen Kameras in  
19 den Fahrzeugen, geprüft werden, bevor weitere Schritte eingeleitet werden, etwa  
20 eine Durchsage, das Anhalten der Bahn, das Hinzuziehen von Sicherheitspersonal  
21 oder der Polizei.

22 Dieses System hätte mehrere entscheidende Vorteile:

- 23 • Betroffene können Hilfe holen, ohne sich selbst durch ein offensichtliches  
24 Telefonat oder lautes Rufen weiter zu gefährden.

- 25 • Das Fahrpersonal kann situationsangepasst reagieren, statt auf  
26 eskalierende Notlagen warten zu müssen.
- 27 • Fehlalarme können durch kurze visuelle Überprüfung reduziert werden, ohne  
28 das Hilfesystem zu entwerten.

## **Begründung**

Besonders aus feministischer Perspektive ist eine solche Funktion wichtig. Vor Allem Frauen, trans-, inter- und nicht-binäre Personen sind häufig von sexualisierter Belästigung und Gewalt im öffentlichen Raum betroffen. Diese Übergriffe beginnen oft „niedrigschwellig“, durch Anstarren, Kommentare oder körperliche Nähe, und werden von Außenstehenden nicht immer als akute Gefahr wahrgenommen. Für Betroffene kann sich die Situation jedoch sehr schnell bedrohlich anfühlen.

Eine niedrigschwellige, diskrete Möglichkeit, Unterstützung anzufordern, stärkt die Handlungsmacht der Betroffenen. Sie verschiebt ein Stück Kontrolle zurück zu denen, die sich bedroht fühlen, statt sie auf das Umfeld oder den Zufall zu verlassen. Gleichzeitig sendet sie ein klares Signal: Belästigung und Gewalt im ÖPNV werden ernst genommen, und Schutz ist kein Privileg, sondern ein Recht.

Die Einführung einer „Save-Now“-Funktion wäre damit ein konkreter Schritt hin zu einem sichereren, gerechteren und inklusiven öffentlichen Nahverkehr in Köln.

## **A12 Zur Rolle der Studierenden in den Verwaltungsräten der Studierendenwerke NRW: Zahlen ja, entscheiden nein?**

Antragsteller\*in: Juso HSG Uni Köln

### **Antragstext**

1 Die Jusos Köln sprechen sich ausdrücklich für den Erhalt der Verwaltungsräte der  
2 Studierendenwerke in ihrer aktuellen Zusammensetzung aus. Es appelliert an das  
3 Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen sowie an  
4 den Wissenschaftsausschuss des Landtags NRW, von Gesetzesänderungen des  
5 Studierendenwerkesgesetzes, die eine Reduzierung oder den Ausschluss von  
6 Studierendenvertretungen, Beschäftigtenvertretungen oder Hochschulvertretungen  
7 aus den Verwaltungsräten vorsehen, Abstand zu nehmen.

8 Insbesondere von der SPD-Landtagsfraktion und ihren Mitgliedern sowie den NRW  
9 Jusos erwarten die Jusos Köln, dass sie ihre politischen Handlungsspielräume  
10 voll ausschöpfen, um die bestehenden Mitbestimmungsstrukturen in den  
11 Studierendenwerken zu sichern und zu stärken.

12 Das Jusos Köln betonen nachdrücklich die zentrale Bedeutung studentischer  
13 Mitbestimmung in den Studierendenwerken. Diese ist nicht nur Ausdruck  
14 demokratischer Beteiligung, sondern auch vor dem Hintergrund der  
15 Finanzierungsrealität der Studierendenwerke unverzichtbar: Studierende tragen  
16 über ihre Sozialbeiträge einen wesentlichen Teil der Finanzierung der  
17 Studierendenwerke. Ein Abbau studentischer Mitbestimmung ist daher nicht zu  
18 rechtfertigen.

19 Die Jusos Köln weisen in diesem Zusammenhang die Annahmen des HIS-HE-Gutachtens,  
20 wonach Studierenden- oder Beschäftigtenvertretungen pauschal eine fehlende  
21 fachliche Expertise unterstellt wird, entschieden zurück. Fachliche Kompetenz  
22 entsteht nicht allein durch wirtschaftliche Qualifikation, sondern auch durch  
23 Erfahrung und institutionelles Wissen.

24 Insbesondere stellen die Jusos Köln klar, dass der Ersatz studentischer  
25 Vertretungen durch zusätzliche Personen aus der (sozial-)wirtschaftlichen Praxis  
26 keine adäquate Lösung darstellt. Eine stärkere wirtschaftliche Dominanz in den  
27 Verwaltungsräten schwächt die demokratische Kontrolle und untergräbt den

## **Begründung**

In der Sitzung des Wissenschaftsausschusses des Landes Nordrhein-Westfalen im Oktober 2025 stellte das Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) die von ihm beauftragten Projektberichte von HIS-HE vor: zum einen den Projektbericht mit Handlungsempfehlungen zur zukunftssicheren Aufstellung der Studierendenwerke, zum anderen den Projektbericht zur Rolle der Verwaltungsräte.

Der Projektbericht zu den Handlungsempfehlungen enthält zahlreiche Vorschläge zur Weiterentwicklung der Studierendenwerke, insbesondere zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Werken. Dieser Teil des Berichts ist grundsätzlich zu begrüßen.

Der Projektbericht zur Rolle der Verwaltungsräte zeichnet hingegen ein anderes, äußerst problematisches Bild. Im Kern schlägt HIS-HE eine Änderung der Zusammensetzung der Verwaltungsräte zulasten der Studierenden- und Beschäftigtenvertretungen vor.

Derzeit setzen sich die Verwaltungsräte der Studierendenwerke in NRW aus vier Studierendenvertretungen, zwei Beschäftigtenvertretungen, zwei Vertretungen der Hochschulen sowie einer Person mit einschlägigen Fachkenntnissen (regelmäßig aus der Wirtschaft) zusammen. HIS-HE empfiehlt, die Zahl der Studierendenvertretungen auf drei zu reduzieren und die Beschäftigtenvertretung auf eine oder sogar gar keine Person zu beschränken. Im Gegenzug sollen mehr Hochschulvertretungen sowie Personen mit wirtschaftlicher Fachkompetenz in den Verwaltungsräten vertreten sein.

Darüber hinaus sollen Studierende künftig nicht mehr für den Vorsitz des Verwaltungsrats wählbar sein. Beschäftigtenvertretungen sind dies bereits jetzt aufgrund von möglichen Interessenkonflikten nicht. Im Ergebnis wären damit ausschließlich Hochschulvertretende sowie externe Fachpersonen für den Vorsitz wählbar. Dies bedeutet eine klare Machtverschiebung weg von Studierenden und Beschäftigten hin zu wirtschaftlichen und hochschulnahen Interessen.

Begründet wird dieser Vorschlag im Wesentlichen mit einer angeblich fehlenden Fachkompetenz der Studierenden- und Beschäftigtenvertretungen.

Diese Einlassungen von HIS-HE sind in weiten Teilen nicht nachvollziehbar und entbehren jeder belastbaren Grundlage. HIS-HE hat mit keinem einzigen Mitglied der Verwaltungsräte gesprochen. Auch bleibt unklar, ob und in welchem Umfang die Rolle der Verwaltungsräte überhaupt Gegenstand von Gesprächen mit Geschäftsführenden war. Es ist nicht erklärbar, wie auf dieser Grundlage Empfehlungen formuliert werden konnten und ebenso wenig, warum dieser offensichtliche Mangel vom Ministerium nicht problematisiert wurde.

Stattdessen nutzt das MKW den HIS-HE-Projektbericht erkennbar als Vorwand, um weiter gegen die Verwaltungsräte vorzugehen. Es besteht Anlass zur Sorge, dass die Landesregierung im Frühjahr einen Vorschlag vorlegt, der sogar über die Empfehlungen von HIS-HE hinausgeht. Er könnte Studierende faktisch aus den Verwaltungsräten verdrängen und ihre Mitbestimmung beispielsweise auf einen „Beirat“ ohne reale

Entscheidungsbefugnisse reduzieren.

Das Vorgehen des MKW ist insgesamt studierendenfeindlich. Der Abbau studentischer Mitspracherechte ist dabei aus zwei Gründen besonders gravierend. Erstens widerspricht er der historischen Konzeption der Studierendenwerke als Selbsthilfeeinrichtungen der Studierenden, in denen demokratische Mitbestimmung Grundprinzip ist.

Zweitens steht dieser Eingriff in einem eklatanten Widerspruch zur tatsächlichen Finanzierungsrealität. Studierende tragen heute über ihre Sozialbeiträge den überwiegenden Teil der Finanzierung der Studierendenwerke. Während der Landeszuschuss 1994 den Sozialbeitrag noch um das 1,6-fache übertraf, haben sich die Verhältnisse heute nicht nur umgekehrt: Die Sozialbeiträge sind heute mehr als 2,5-mal so hoch wie der Landeszuschuss. Im Kölner Studierendenwerk stammen entsprechend nur noch rund 15 % der Mittel aus Landeszuschüssen, der Rest wird aus eigenen Umsätzen und Beiträgen der Studierenden erwirtschaftet. Studierende finanzieren die Studierendenwerke also zu großen Teilen selbst, sollen aber gleichzeitig aus den zentralen Entscheidungsstrukturen gedrängt werden. Wer zahlt, muss mitentscheiden dürfen.

Die Studierendenwerke werden damit finanziell zunehmend sich selbst überlassen, während das MKW gleichzeitig stärker regulierend in ihre internen Strukturen eingreift. Diese Kombination aus Entfinanzierung und Entdemokratisierung ist in keiner Form hinnehmbar.

Ergänzend ist festzuhalten, dass das Ministerium für Kultur und Wissenschaft inzwischen Gespräche mit Vertretenden der Allgemeinen Studierendenausschüsse aufgenommen hat. Dieses grundsätzliche Gesprächsangebot ist positiv hervorzuheben, insbesondere vor dem Hintergrund früherer hochschulpolitischer Reformprozesse, in denen studentische Beteiligung kaum oder nur unzureichend vorgesehen war.

Ausdrücklich zu danken ist in diesem Zusammenhang dem Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität zu Köln, der sich in dieser Angelegenheit eng mit den studentischen Vertretenden abgestimmt und die Positionen der Studierendenwerke aktiv in die Gespräche eingebracht hat.

Gleichzeitig bleibt kritisch festzuhalten, dass die Vorsitzenden der Verwaltungsräte sowie die studentischen Mitglieder der Verwaltungsräte der Studierendenwerke bislang nicht in diese Gespräche einbezogen wurden. Gerade sie verfügen über unmittelbare praktische Erfahrung mit der Arbeit der Verwaltungsräte und wären von möglichen Gesetzesänderungen direkt betroffen. Ihre Nichtbeteiligung verstärkt den Eindruck, dass zentrale Agierende der bestehenden Mitbestimmungsstrukturen übergangen werden.

## **A13 Millionärssteuer einführen, Sozialsysteme entlasten**

Antragsteller\*in: SB Ehrenfeld  
Status: Zurückgezogen

### **Antragstext**

1 Wir wünschen, dass sich die Jusos Köln für die Einführung einer Millionärssteuer  
2 auf sehr große Vermögen einsetzen, um der zunehmenden sozialen Ungleichheit in  
3 Deutschland entgegenzuwirken und das Prinzip der steuerlichen Leistungsfähigkeit  
4 konsequenter umzusetzen.

5 Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen gezielt zur Stabilisierung der  
6 Renten-, Kranken- und Pflegesysteme eingesetzt werden, um deren Qualität auch  
7 für zukünftige Generationen zu sichern und weitere Belastungen für  
8 Arbeitnehmer:innen, insbesondere mit niedrigen und mittleren Einkommen, zu  
9 vermeiden.

### **Begründung**

Sehr hohe Vermögen sind in den letzten Jahren deutlich schneller gewachsen als die Einkommen der breiten Bevölkerung, was die bestehende soziale Ungleichheit weiter verschärft hat. Während viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, konzentriert sich ein wachsender Anteil des gesamtgesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger. Eine Besteuerung großer Vermögen würde daher die Solidarität stärken und zu einer gerechteren Verteilung der finanziellen Lasten beitragen. Gleichzeitig würde sie das Prinzip der Leistungsfähigkeit konsequenter umsetzen als aktuell, indem diejenigen stärker herangezogen werden, die dauerhaft über höhere finanzielle Ressourcen verfügen. Die zusätzlichen Einnahmen könnten unter anderem gezielt zur Stabilisierung von Renten-, Kranken- und Pflegesystemen eingesetzt werden, die angesichts des demografischen Wandels und steigender Kosten dringend (!) Entlastung benötigen. Dadurch ließe sich die (vergleichsweise) hohe Qualität der deutschen, sozialen Sicherungssysteme erhalten, ohne Leistungen weiter kürzen zu müssen. In der Folge könnten weitere Beitrags- und Lohnsteuererhöhungen für Arbeitnehmer:innen vermieden oder zumindest deutlich begrenzt werden, was insbesondere niedrige und mittlere Einkommen entlastet.

Eine Millionärssteuer ist dabei eine gezieltere Form der bekannten Vermögenssteuer. Sie setzt bewusst erst bei sehr großen Vermögen an und schützt kleinere und mittlere Vermögen, etwa von Familien, Selbstständigen oder kleinen und mittleren Unternehmen vor zusätzlicher finanzieller Belastung. Dadurch wird

vermieden, dass betriebsnotwendiges Vermögen oder private Altersvorsorge unangemessen stärker besteuert werden. Im Gegensatz zu einer allgemeinen Vermögenssteuer ist die Millionärssteuer somit sozial treffsicherer und klarer begrenzbar. Zudem ist sie natürlich gesellschaftlich besser vermittelbar, da sie sich eindeutig auf außergewöhnlich hohe Vermögen richtet und nicht die breite Bevölkerung betrifft.

## **A14 TW: Gewalt bei der Geburt - Gebärende Personen besser schützen!**

Antragsteller\*in: SB Ehrenfeld, SB Lindenthal

### **Antragstext**

- 1 Wir fordern den wirksamen rechtlichen Schutz von Gebärenden in der besonderen  
2 Situation der Geburt zu stärken.
- 3 Bestehende Rechte auf Aufklärung, Einwilligung und körperliche Selbstbestimmung  
4 vor, während und nach der Geburt müssen besser durchsetzbar gemacht werden.
- 5 Die Jusos Köln setzen sich daher dafür ein, dass eine zentrale, öffentlich  
6 geförderte und sichtbare Beschwerde- und Meldestelle in Köln eingerichtet wird.

### **Begründung**

Gebärende sind rechtlich nicht schutzlos. Das geltende Patienten- und Haftungsrecht garantiert grundsätzlich Aufklärung, Einwilligung und körperliche Selbstbestimmung, aber in der besonderen Situation der Geburt greifen diese Rechte häufig nicht (wirksam). Zeitdruck, Schmerzen, medizinische Hierarchien und strukturelle Überlastung erschweren eine tatsächliche informierte Einwilligung und eine selbstbestimmte Entscheidung der gebärenden Person erheblich.

Problematische und/oder gar traumatisierende Erfahrungen während der Geburt werden oft als individuelle Behandlungsfehler eingeordnet. Diese Perspektive wird der Realität einiger Geburtsverläufe allerdings nicht gerecht. Verletzungen von Würde und Autonomie sind während der Geburt schwer durchsetzbar, obwohl sie für Betroffene gravierende Folgen haben können.

Niedrigschwellige, unabhängige Beschwerde- und Beratungsangebote können hier beitragen, bestehende Rechte tatsächlich wirksam werden zu lassen, Betroffene zu unterstützen und strukturelle Problemlagen sichtbar zu machen.

## **A17 Verantwortung statt Verharmlosung – Für einen zeitgemäßen Umgang mit Alkohol**

Antragsteller\*in: Jusus Lindenthal

### **Antragstext**

1 Die Jusos Köln setzen sich gegenüber der SPD auf Landes- und Bundesebene dafür  
2 ein, dass:

- 3 1. Das begleitete Trinken von alkoholischen Getränken für Jugendliche ab 14  
4 Jahren abgeschafft wird.
- 5 2. Das Mindestalter für den Verkauf von alkoholischen Getränken (Bier, Sekt  
6 und Wein) von 16 auf 18 Jahre erhöht wird.
- 7 3. Ein umfassendes Werbeverbot für alkoholische Getränke durchgesetzt wird.

### **Begründung**

Der Umgang mit alkoholischen Getränken in Deutschland ist in weiten Teilen von Verharmlosung geprägt, weist fahrlässige Regelungslücken auf und entspricht in zentralen Punkten nicht mehr dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die mit diesem Antrag angestrebte Beschlusslage stellt einen Schritt hin zu einer modernen, rationalen und faktenbasierten Alkoholpolitik dar.

Die Idee, Jugendliche durch sogenanntes „begleitetes Trinken“ an einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol heranzuführen, wird häufig als pragmatischer Ansatz dargestellt. Tatsächlich handelt es sich dabei jedoch um eine fragwürdige Praxis: Jugendliche werden in einem frühestmöglichen Alter unter staatlich erlaubter Aufsicht an ein Zellgift herangeführt, dessen gesundheitliche Risiken insbesondere im Jugendalter gut belegt sind. Bereits geringe Mengen Alkohol können die körperliche und neuronale Entwicklung beeinträchtigen, bergen das Risiko für Abhängigkeiten und sind mit langfristigen gesundheitlichen Folgen verbunden, darunter erhöhte Risiken für bestimmte Tumorerkrankungen. Das begleitete Trinken normalisiert somit den frühen Zugang zu einer riskanten Substanz und nimmt Entwicklungsrisiken in Kauf. Nach aktuellen

Erhebungen des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit (Stand November 2024) konsumieren Jugendliche im Durchschnitt bereits mit etwa 15 Jahren erstmals Alkohol; eine spätere Erstaufnahme wäre aus gesundheitspolitischer Sicht wünschenswert.

Für den Verkauf von Alkohol an Jugendliche gilt in Deutschland eine ähnliche Logik wie beim begleiteten Trinken: Bereits ab 16 Jahren wird der legale Zugang zu Bier, Wein und Sekt ermöglicht, während hochprozentige Spirituosen erst ab 18 Jahren erworben werden dürfen. Dieses gestufte Modell suggeriert eine gesundheitlich begründete Unterscheidung, obwohl die Risiken im Jugendalter – unabhängig von der Alkoholart – erheblich sind. Auch sogenannte „leichte“ alkoholische Getränke enthalten Ethanol; die gesundheitlichen Risiken ergeben sich vor allem aus der Menge und dem frühen Konsumbeginn. In der Praxis bedeutet dies, dass Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr ohne mengenmäßige Beschränkung alkoholische Getränke erwerben können, vielerorts sogar zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Deutschland hat mit 14 bzw. 16 Jahren im internationalen Vergleich eine ausgesprochen niedrige Altersgrenze für den Konsum bzw. Erwerb von alkoholischen Getränken. Forschungsergebnisse sprechen dafür, das Mindestalter anzuheben: Höhere Mindestaltersgrenzen sind mit geringeren Konsumraten, weniger riskantem Trinkverhalten und insgesamt weniger alkoholbedingten Gesundheits- und Sozialproblemen bei Jugendlichen verbunden. Eine aktuelle Studie aus Spanien zeigt, dass die Anhebung des Mindestalters von 16 auf 18 Jahren den Alkoholkonsum von Jugendlichen reduziert, das Rauschtrinken verringert und mit Verbesserungen in schulischer Leistung sowie mentaler Gesundheit einhergeht.

In der Bevölkerung und innerhalb der SPD wächst der Zuspruch für eine Abschaffung des begleiteten Trinkens und für eine einheitliche Altersgrenze von 18 Jahren für den Verkauf alkoholischer Getränke. Repräsentative Umfragen – unter anderem von Forsa – zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung strengere Regeln im Jugendschutz befürwortet, das begleitete Trinken ablehnt und sich für einen Verkauf von Bier, Wein und Sekt erst ab 18 Jahren ausspricht. Auch innerhalb der SPD gibt es entsprechende Positionierungen: Der ehemalige Bundesgesundheitsminister und Vorsitzende des Forschungsausschusses Karl Lauterbach hat sich für die Abschaffung des begleiteten Trinkens ausgesprochen, während der ehemalige Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Burkhard Blienert, sowie der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Christos Pantazis, eine Anhebung des Mindestalters unterstützen.

Eine entscheidende Rolle kommt auch der Alkoholwerbung zu. Sie erhöht nachweislich Konsumbereitschaft und Konsumverhalten und wirkt besonders auf Jugendliche, Menschen mit niedrigerem sozioökonomischen Status sowie Personen mit erhöhten Gesundheitsrisiken. Sozial benachteiligte Haushalte tragen folglich die gesundheitlichen und sozialen Kosten des Alkoholkonsums, während die Alkoholindustrie Gewinne erzielt. Die Werbung trägt zur Normalisierung eines gesundheitsschädlichen Konsummittels bei und verschleiern die damit verbundenen Risiken. Frauen sind von den sozialen Folgen des Alkoholkonsums in besonderer Weise betroffen: Studien zu häuslicher und sexualisierter Gewalt zeigen, dass Alkoholkonsum ein zentraler Verstärkungsfaktor für gewaltsames Verhalten ist. Während großer Sportereignisse wie Welt- oder Europameisterschaften lässt sich ein deutlicher Anstieg von Gewalt gegenüber Frauen beobachten. Ein Werbeverbot trägt somit nicht nur zur öffentlichen Gesundheit, sondern auch zum Schutz vulnerabler Gruppen bei und

**stellt Gesundheit und Sicherheit über wirtschaftliche Interessen. Internationale Gesundheitsorganisationen wie die WHO zählen Werbeverbote zu den wirksamsten Maßnahmen, um alkoholbedingte Schäden zu reduzieren.**

**Relevante Quellen, auf denen sich die Argumentation stützt:**

<https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC4669962/>

[https://www.researchgate.net/publication/349005703\\_Alcohol\\_and\\_Brain\\_Development\\_in\\_Adolescents\\_and\\_Young\\_Adults\\_A\\_Systematic\\_Review\\_of\\_the\\_Literature\\_and\\_Advisory\\_Report\\_of\\_the\\_Health\\_Council\\_of\\_the\\_Netherlands](https://www.researchgate.net/publication/349005703_Alcohol_and_Brain_Development_in_Adolescents_and_Young_Adults_A_Systematic_Review_of_the_Literature_and_Advisory_Report_of_the_Health_Council_of_the_Netherlands)

<https://alcoholthinkagain.com.au/alcohol-and-young-people/impact-of-alcohol>

<https://www.bioeg.de/aktuelles/2024-11-04-neue-bzga-daten-zum-alkoholkonsum-12-bis-25-jaehriger-rauschtrinken-bei-jugendlichen-steigt-auf-vor-corona-niveau/>

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0167629625001134>

<https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC3018854/>

<https://www.aerzteblatt.de/news/knappe-mehrheit-in-umfrage-fur-alkohol-erst-ab-18-jahren-5ece95dd-6c07-42f3-8678-f97736d60a71>

<https://www.welt.de/vermishtes/article256340226/kein-bier-mit-14-mehrheit-will-jugendlichen-alkohol-schwerer-zugaenglich-machen.html>

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/begleitetes-trinken-alkohol-jugendliche-lauterbach-100.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/suchtbeauftragter-blienert-wirbt-fuer-alkohol-erst-ab-18-jahren-100.html>

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/alkohol-minderjaehrige-verkauf-verbot-cdu-spd-100.html>

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S004727272300213X>

<https://www.gesine-intervention.de/aktuelle-studie-zum-zusammenhang-von-fussball-alkohol-und-gewalt-gegen-frauen/>

<https://www.lse.ac.uk/news/latest-news-from-lse/f-june-21/alkohol-not-emotions-responsible-for-domestic-abuse-rise-after-football-matches>

## **A18 Praktikum? Das ist doch kein Hobby! Vergütungen ist kein Verhandlungswert – Ausbeutung beenden**

Antragsteller\*in: Jusus Lindenthal

### **Antragstext**

1 Die Jusos Köln fordern den Unterbezirksvorstand und die SPD-Fraktionen im Kölner  
2 Stadtrat

3 sowie im Landtag und Bundestag auf, sich auf allen politischen Ebenen  
4 entschlossen für die

5 umfassende Vergütung von Pflichtpraktika im Studium und Ausbildung in  
6 mindesthöhe des

7 FSJ Taschengeldes einzusetzen, sowie Beratungsstellen auszubauen oder zu  
8 installieren.

9 Die Jusos Köln fordern daher die sofortige und flächendeckende Vergütung aller  
10 im Rahmen

11 von Studien- und Ausbildungsordnungen vorgeschriebenen Praxisphasen.

#### 12 2.1. Gerechte Vergütungshöhe

13 Festlegung einer Mindestvergütung: Die Vergütung muss sich mindestens an den  
14 Umfängen

15 des Taschengeldes im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) richten.

#### 16 2.2 Informationskampagne:

17 Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln und die Kölner Hochschulen auf, aktiv über  
18 die Rechte

19 von Praktikant\*innen und Auszubildenden aufzuklären und eine zentrale  
20 Beschwerdestelle einzurichten.

## **Begründung**

Unbezahlte Pflichtpraktika in der Ausbildung oder im Studium sind längst kein reiner

„Lernort“ mehr, sondern oft eine Form der systematischen Ausbeutung. Wer in

Betrieben vollwertige Arbeit leistet und zum Unternehmenserfolg beiträgt, verdient

eine leistungsgerechte Entlohnung statt bloßer Vertröstungen auf ein „Lerngehalt“. Die aktuelle Praxis verschärft die soziale Ungleichheit: Nur wer es sich finanziell

leisten kann, erhält den entscheidenden Türöffner für den Berufseinstieg oder den

benötigten Schein im Studium . Damit subventioniert die junge Generation

wohlhabende Unternehmen auf Kosten der eigenen Chancengleichheit. Um dem

Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, braucht es keine Demotivation durch

prekäre Bedingungen, sondern Wertschätzung. Eine faire Vergütung sichert die

Ausbildungsqualität, stärkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und macht den

Weg in den Beruf endlich für alle zugänglich – unabhängig vom Elternhaus.

## **4. Beschluss**

Die Jusos Köln fordern den Unterbezirksvorstand und die SPD-Fraktionen im Kölner Stadtrat

sowie im Landtag und Bundestag auf, sich auf allen politischen Ebenen entschlossen für die

umfassende Vergütung von Pflichtpraktika im Studium und Ausbildung in mindesthöhe des

FSJ Taschengeldes einzusetzen, sowie Beratungsstellen auszubauen oder zu installieren.

Die Jusos Köln sehen in der Nichtvergütung von Pflichtpraktika im Studium und in

Ausbildungen einen zentralen Pfeiler der Prekarisierung junger Menschen. Das Studium und die Ausbildung dürfen keine Schuldenfalle sein. Dennoch zwingt die aktuelle Praxis, die unbezahlte Arbeit als selbstverständlich zu betrachten. Tausende Studierende und Auszubildende werden in die Abhängigkeit von ihren Eltern oder in einen zeitraubenden Nebenjob-Marathon getrieben.

Dies ist nicht nur eine Frage der individuellen Finanzierung, sondern eine gesamtgesellschaftliche Schieflage. Während die Betriebe qualifizierte Fachkräfte von morgen benötigen und direkt von ihrer Arbeitsleistung im Praktikum profitieren, wird die finanzielle Last des Ausbildungsprozesses privatisiert. Dies untergräbt das Versprechen der Chancengleichheit und schadet der Demokratisierung der Bildung. Wer aus einem finanziell schwachen Haushalt kommt, ist oft gezwungen, das qualitativ beste oder zeitlich passende, aber oft unbezahlte Praktikum abzulehnen und stattdessen doch im Job zu bleiben oder die finanziellen Probleme einzugehen. Die Praxisphasen selbst werden so zu einer massiven finanziellen Belastung, da Studierende und Auszubildende gezwungen sind, ihre existenzsichernden Mini- oder Midijobs drastisch zu reduzieren, oder unter hohem gesundheitlichen Stress die Praktikumsstunden zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Dies darf nicht die Realität sein.

## **A19 Antrag: Kommunale Parkausnahmegenehmigungen für Hebammen in Köln**

Antragsteller\*in: Jusus Lindenthal, Jusus Ehrenfeld

### **Antragstext**

1 Die Jusus Köln setzen sich dafür ein, freiberuflichen und angestellten Hebammen,  
2 die im Stadtgebiet Hausbesuche durchführen, eine vergünstigte kommunale  
3 Parkausnahmegenehmigung zu erteilen.

4 Diese Parkberechtigung soll analog zu bestehenden Regelungen für  
5 Handwerksbetriebe sowie ambulante soziale und pflegerische Dienste ausgestaltet  
6 werden und das zeitlich begrenzte Parken im Rahmen beruflicher Einsätze  
7 ermöglichen.

8 Ziel ist es, Hebammen die Ausübung ihrer Tätigkeit zu erleichtern, ohne  
9 zusätzliche Kosten für die Stadt Köln zu verursachen.

### **Begründung**

Hebammen leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für Familien in Köln. Sie begleiten Schwangerschaften, Geburten und die sensible Zeit des Wochenbetts – häufig unter hohem Zeitdruck, mit kurzfristigen und unplanbaren Einsätzen und direkt bei den Menschen zuhause.

Gerade rund um die Geburt eines Kindes zählen Minuten. In diesen Situationen darf es nicht darauf ankommen, ob eine Parkuhr abläuft, ein Parkplatz weit entfernt ist oder die Angst vor einem Knöllchen besteht. Der derzeitige Parkraumangel in vielen Kölner Veedeln erschwert Hebammen ihre Arbeit erheblich und stellt eine unnötige zusätzliche Belastung dar.

Andere Berufsgruppen mit vergleichbaren Anforderungen – etwa Handwerksbetriebe oder ambulante soziale Dienste – verfügen bereits über entsprechende Parkausnahmegenehmigungen. Hebammen erfüllen dieselben Kriterien:

Sie arbeiten mobil, sind auf kurzfristige Einsätze angewiesen, und übernehmen eine zentrale gesellschaftliche Versorgungsfunktion.

**Eine kommunale Parkausnahmegenehmigung würde es Hebammen ermöglichen, ihre Einsätze effizient, stressfreier und sicherer zu gestalten. Dies ist nicht nur im Interesse der Hebammen selbst, sondern auch im Interesse der betreuten Familien und der öffentlichen Gesundheitsvorsorge.**

**Angesichts des bestehenden Hebammenmangels ist es zudem ein wichtiges Signal der Wertschätzung und Unterstützung, die Arbeitsbedingungen dieses Berufs gezielt zu verbessern. Die vorgeschlagene Regelung verursacht keine zusätzlichen Kosten für die Stadt, da sie sich an bereits bestehenden Genehmigungsmodellen orientiert und lediglich auf eine weitere relevante Berufsgruppe ausgeweitet wird.**

## **A20 Antrag: Keine Mandatsträger:innenabgabe für BAFöG-Beziehende**

Antragsteller\*in: Jusos Lindenthal

### **Antragstext**

1 Die UBDK beschließt darauf hinzuwirken, dass auf dem nächsten Parteitag der  
2 Köln SPDF abgestimmt wird, dass Mitglieder, die eine Aufwandsentschädigung für  
3 ein parteiinternes oder kommunalpolitisches Ehrenamt erhalten und gleichzeitig  
4 BAFöG beziehen, von der Verpflichtung zur Zahlung einer  
5 Mandatsträger:innenabgabe befreit werden.

6 Die Befreiung gilt mindestens in der Höhe, in der die Aufwandsentschädigung auf  
7 das BAFöG angerechnet wird. Alternativ soll die Mandatsträger:innenabgabe für  
8 diesen Personenkreis vollständig entfallen, solange ein Anspruch auf BAFöG-  
9 Leistungen besteht.

10 Die zuständigen Parteigremien werden beauftragt, eine entsprechende Regelung  
11 zeitnah umzusetzen und transparent zu kommunizieren.

### **Begründung**

Die SPD lebt vom Engagement junger Menschen. Studierende, Schüler:innen und Auszubildende übernehmen Verantwortung in Partei und Kommunalpolitik, oft neben Ausbildung, Studium und Nebenjobs. Dieses Engagement darf nicht zu einer finanziellen Schlechterstellung führen.

Für BAFöG-Beziehende stellt die aktuelle Praxis jedoch genau das dar:  
Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten werden auf das BAFöG angerechnet. Das bedeutet, dass ein Teil oder sogar die gesamte Entschädigung faktisch verloren geht. Wird zusätzlich eine Mandatsträger:innenabgabe an die SPD fällig, entsteht eine Situation, in der engagierte junge Menschen finanziell schlechter gestellt sind als Personen, die kein Ehrenamt ausüben.

Damit konterkariert die Partei ihre eigenen Ziele:

Soziale Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel; Förderung von Nachwuchs und Engagement;  
Glaubwürdigkeit in der Bildungs- und Sozialpolitik.

**Politisches Ehrenamt darf kein Luxus sein, den sich nur Menschen ohne finanzielle Einschränkungen leisten können. Gerade BAFöG-Beziehende sind auf jede Einnahme angewiesen. Wenn Engagement faktisch bestraft wird, führt das zu einer sozialen Schieflage in unseren Strukturen und schreckt insbesondere junge Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten ab.**

**Die Mandatsträger:innenabgabe erfüllt eine wichtige solidarische Funktion innerhalb der Partei. Diese Solidarität darf jedoch nicht auf Kosten derjenigen gehen, die ohnehin mit sehr begrenzten finanziellen Mitteln auskommen müssen. Eine Befreiung für BAFöG-Beziehende ist daher kein Privileg, sondern ein notwendiger Ausgleich, um echte Chancengleichheit herzustellen.**

## **A21 Antrag: Kostenloser Nahverkehr sowie kostenfreier Eintritt in Museen und staatliche Kultureinrichtungen am Tag der Deutschen Einheit**

Antragsteller\*in: Jusus Lindenthal

### **Antragstext**

1 Die Jusos Köln setzen sich dafür ein, dass am Tag der Deutschen Einheit (3.  
2 Oktober) bundesweit

- 3 • der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kostenfrei genutzt werden kann  
4 und
- 5 • Museen sowie staatliche Kultureinrichtungen kostenfreien Eintritt  
6 gewähren.

7 Ziel ist es, den Tag der Deutschen Einheit als Tag der Begegnung, Mobilität und  
8 kulturellen Teilhabe zu stärken.

### **Begründung**

Seit über 30 Jahren wird von der deutschen Einheit gesprochen. Doch Einheit ist mehr als ein historisches Datum oder ein staatlicher Akt. Einheit bedeutet, einander kennenzulernen, sich zu begegnen, Unterschiede zu verstehen und Gemeinsamkeiten zu entdecken.

Gerade in einer Zeit, in der gesellschaftliche Spaltungen wieder zunehmen, braucht es konkrete, niedrigschwellige Angebote, die Zusammenhalt fördern. Der Tag der Deutschen Einheit bietet hierfür eine besondere Chance.

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für Begegnung. Wer sich frei bewegen kann, kann andere Regionen, Städte und Menschen kennenlernen. Kostenloser Nahverkehr am 3. Oktober ermöglicht es Menschen unabhängig von Einkommen, Alter oder Wohnort, über die Grenzen der eigenen Kommune hinaus unterwegs zu sein – sei es für Familienbesuche, Ausflüge oder die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen.

Kulturelle Einrichtungen spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle. Museen und staatliche Kultureinrichtungen bewahren nicht nur Geschichte, sondern erzählen Geschichten von Herkunft, Wandel und Zusammenwachsen. Kostenfreier Eintritt am Tag der Deutschen Einheit senkt finanzielle Hürden und lädt dazu ein, die kulturellen Schätze unseres Landes kennenzulernen – auch und gerade außerhalb der eigenen Region.

Ein solcher Aktionstag

- stärkt kulturelle Teilhabe,
- fördert innerdeutschen Austausch,
- macht Einheit erlebbar statt abstrakt
- und setzt ein sichtbares Zeichen für Offenheit und Solidarität.

Der 3. Oktober sollte nicht nur ein Feiertag sein, sondern ein Tag der gelebten Einheit. Kostenloser Nahverkehr und kostenfreie Kulturangebote machen diesen Anspruch für viele Menschen konkret erfahrbar.

Mit diesem Antrag verbinden wir das historische Gedenken an die deutsche Einheit mit einem klaren sozialpolitischen Signal:

Einheit gelingt dort, wo Zugang, Begegnung und Teilhabe möglich sind – für alle.

## **A22 Kanzlerkandidatin 2029 – feministische Kurskorrektur jetzt**

Antragsteller\*in: Jusos Lindenthal

### **Antragstext**

1 Die UBDK beschließt darauf hinzuwirken, dass die SPD sich ausdrücklich dazu  
2 bekennt, zur Bundestagswahl 2029 eine Kanzlerkandidatin aufzustellen.

3 Darüber hinaus verpflichtet sich die Partei, strukturelle und informelle  
4 Männerbündnisse innerhalb der SPD konsequent abzubauen und gezielte Maßnahmen  
5 zur Förderung, Sichtbarkeit und strategischen Unterstützung von Frauen in  
6 Führungspositionen umzusetzen.

7 Der Parteivorstand soll beauftragt werden, hierfür ein verbindliches Konzept  
8 vorzulegen.

### **Begründung**

Die SPD versteht sich als Vorreiterin in Sachen Gleichstellung und Feminismus. Dieser Anspruch steht jedoch in einem eklatanten Widerspruch zur Realität:

Die SPD ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die noch nie eine Kanzlerkandidatin aufgestellt hat.

Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck struktureller Probleme. Trotz jahrzehntelanger Debatten über Gleichstellung, Quoten und Feminismus werden die entscheidenden Machtpositionen in der Partei weiterhin überwiegend von Männern besetzt – oft abgesichert durch informelle Netzwerke, geschlossene Zirkel und männerdominierte Entscheidungsstrukturen.

Während andere Parteien längst Frauen an ihre Spitze gestellt haben, bleibt die SPD hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Für eine Partei, die Gleichstellung als Kern ihrer Identität begreift, ist das ein politisches und glaubwürdigkeitspolitisches Versagen.

Wenn Feminismus mehr sein soll als ein Schlagwort in Sonntagsreden, braucht es eine klare Kurskorrektur. Diese beginnt dort, wo politische Macht sichtbar wird: bei der Kanzlerkandidatur.

**Eine Kanzlerkandidatin 2029 wäre ein überfälliges Signal nach innen, ein glaubwürdiger Schritt nach außen und ein Bruch mit der Tradition männlicher Selbstverständlichkeit an der Parteispitze.**

**Dabei geht es ausdrücklich nicht um Symbolpolitik, sondern um reale Machtverhältnisse. Frauen in der SPD sind qualifiziert, erfahren und politisch stark. Was ihnen fehlt, ist nicht Kompetenz, sondern der gleichberechtigte Zugang zu strategischen Entscheidungen, Ressourcen und Unterstützung.**

**Die SPD kann und muss es besser machen. Wer gesellschaftlichen Fortschritt gestalten will, muss ihn in den eigenen Reihen vorleben.**

**Mit diesem Antrag sagen wir klar:**

**2029 ist nicht irgendwann. 2029 ist jetzt.**

**Und es ist Zeit für eine Kanzlerkandidatin.**

## **A23 Einrichtung von Stillräumen in den Rathäusern und Bürgerämtern der Stadt Köln**

Antragsteller\*in: Jusus Lindenthal

### **Antragstext**

1 Die Jusos Köln setzen sich dafür ein, in den Rathäusern der Stadt geeignete  
2 Stillräume einzurichten und dauerhaft bereitzustellen.

3 Diese Stillräume sollen gut zugänglich und eindeutig ausgewiesen  
4 sein, Privatsphäre und Ruhe gewährleisten, hygienisch ausgestattet sein  
5 (Sitzgelegenheit, Ablage, Waschmöglichkeit in der Nähe) und sowohl für  
6 Besucher:innen als auch für Beschäftigte nutzbar sein.

### **Begründung**

Rathäuser sind zentrale Orte demokratischer Teilhabe. Bürger:innen kommen hierher, um Anträge zu stellen, Termine wahrzunehmen, Sitzungen zu besuchen oder politisch mitzuwirken. Diese Teilhabe darf nicht daran scheitern, dass Eltern mit Säuglingen keine geeigneten Rahmenbedingungen vorfinden.

Stillen ist ein selbstverständlicher Teil des Alltags vieler Familien. Dennoch fehlt es in öffentlichen Gebäuden häufig an geeigneten Rückzugsorten. Stillende Eltern werden dadurch faktisch gezwungen, Termine zu vermeiden, frühzeitig abubrechen oder auf ungeeignete Orte auszuweichen. Das erschwert insbesondere Müttern die gleichberechtigte Wahrnehmung von Verwaltungsangeboten und politischer Beteiligung.

Die Einrichtung von Stillräumen ist ein einfacher, aber wirkungsvoller Schritt, um Familienfreundlichkeit konkret umzusetzen, Gleichstellung zu fördern, und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement zu verbessern.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um Luxus, sondern um niedrighschwellige, praktikable Lösungen, die mit überschaubarem Aufwand realisiert werden können. Viele Kommunen und öffentliche Einrichtungen gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran.

**Gerade als öffentliche Arbeitgeberin und demokratische Institution sollte die Stadt eine Vorbildfunktion einnehmen. Stillräume in Rathäusern senden ein klares Signal: Familien und Sorgearbeit gehören selbstverständlich zur gesellschaftlichen Realität – auch im politischen und administrativen Raum.**

**Mit diesem Antrag stärken wir die Teilhabe von Eltern, machen Verwaltung zugänglicher und setzen ein sichtbares Zeichen für eine moderne, inklusive Kommune.**

## **A24 Jungsozialismus op Kölsch**

Antragsteller\*in: JUBV

Weiterleitung an: Köln SPD

### **Antragstext**

Die Jusos Köln fordern eine Kommunalpolitik, die soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Solidarität ins Zentrum stellt: Von bezahlbarem Wohnen über Bildung, Mobilität und Kultur bis hin zu konsequentem Klimaschutz. Sicherheits-, Sozial- und Gleichstellungspolitik müssen dabei menschenwürdig, strukturell wirksam und unabhängig von Haushaltszwängen gestaltet werden, während soziale Infrastruktur, junge Kultur und Demokratieangebote geschützt und ausgebaut werden. Außerdem fordern wir Klare Kante gegen Faschismus von unseren Ratsabgeordneten und eine paritätische Besetzung von Führungspositionen.

#### **Bezahlbares Wohnen als Voraussetzung für Teilhabe**

Wohnen ist kein Luxus, sondern ein soziales Grundrecht. Gerade für Studierende und Auszubildende entscheidet der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum darüber, ob Ausbildung und Studium in Köln überhaupt möglich sind. Aus jungsozialistischer Sicht reicht es nicht aus, den Wohnungsmarkt lediglich zu regulieren – die Stadt muss selbst aktiv gestalten. Der Ausbau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende ist deshalb zwingend notwendig, um soziale Selektion im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu verhindern.

Damit Kommunalpolitik handlungsfähig bleibt, braucht es zudem eine verlässliche Finanzierung. Eine starke, gerechte Gewerbesteuer ist kein Standortnachteil, sondern Voraussetzung dafür, dass soziale Infrastruktur, Wohnungsbau und öffentliche Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert werden können.

#### **Sicherheits- und Obdachlosenpolitik sozial statt repressiv**

Jungsozialistische Kommunalpolitik versteht Sicherheit als Ergebnis verlässlicher sozialer Infrastruktur und wirksamer Prävention. Obdachlosigkeit und suchtbedingte Problemlagen sind Ausdruck struktureller sozialer Ungleichheit und dürfen nicht primär ordnungspolitisch behandelt oder kriminalisiert werden.

In Stadtteilen mit hoher Aufenthaltsdichte wie dem Neumarkt, dem Ebertplatz, dem Domumfeld oder den Kölner Ringen zeigt sich, dass Verdrängungsmaßnahmen durch Ordnungsdienste oder temporäre Aufenthaltsverbote weder nachhaltig wirken noch zur Entlastung der Situation beitragen. Stattdessen braucht es eine konsequente Stärkung sozialer und gesundheitlicher Hilfesysteme.

Dazu gehört insbesondere die dauerhafte Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau bestehender Angebote, wie der Drogenkonsumräume, die einen Beitrag zur Gesundheitsprävention, zur Reduzierung öffentlicher Konsumsituationen und zur Entlastung des öffentlichen Raums leisten. Diese Einrichtungen müssen personell, räumlich und finanziell abgesichert und bei Bedarf ergänzt werden.

Ergänzend sind niedrigschwellige Übernachtungs- und Aufenthaltsangebote, aufsuchende Sozialarbeit sowie eine stärkere Verzahnung von Wohnungs-, Gesundheits- und Suchthilfe erforderlich. Langfristig ist der Ausbau von Housing-First-Modellen sowie die konsequente Nutzung kommunaler Steuerungsmöglichkeiten im Wohnungsmarkt notwendig, um Wohnungslosigkeit dauerhaft zu vermeiden.

Eine sichere Stadt Köln entsteht nicht durch Verdrängung sozialer Problemlagen, sondern durch koordiniertes Verwaltungshandeln, das soziale Teilhabe ermöglicht, Hilfen frühzeitig zugänglich macht und bestehende erfolgreiche Strukturen stärkt. Sichtbarkeit sozialer Herausforderungen ist dabei kein Sicherheitsdefizit, sondern Voraussetzung für eine wirksame kommunale Sozialpolitik.

### **Soziale Infrastruktur schützen – gerade in Krisenzeiten**

Kürzungen im sozialen Bereich wirken sich nicht gleichmäßig aus, sondern verschärfen bestehende soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Gerade Angebote wie Frauenhäuser, Beratungsstellen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, Demokratie-, Antirassismus- und Gleichstellungsprojekte übernehmen zentrale Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und sind für viele Kölner\*innen unverzichtbare Schutz- und Unterstützungsstrukturen.

In einer wachsenden Stadt wie Köln, in der steigende Mieten, soziale Verdichtung und zunehmende Gewaltbelastungen insbesondere Frauen, queere Personen und marginalisierte Gruppen treffen, dürfen diese Angebote nicht als „freiwillige Leistungen“ behandelt werden. Frauenhäuser und spezialisierte Beratungsstellen sind häufig ausgelastet; jede Kürzung verschärft bestehende Versorgungslücken und gefährdet konkret den Schutz Betroffener.

Auch Demokratie- und Gleichstellungsprojekte leisten in Köln einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Gewalt, zur politischen Bildung und zum

gesellschaftlichen Zusammenhalt – sei es in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen oder in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung. Ihre Wirkung ist langfristig angelegt und nicht kurzfristig haushaltspolitisch kompensierbar.

Deshalb müssen diese Angebote dauerhaft, auskömmlich und unabhängig von kurzfristigen Haushaltslagen abgesichert werden. Wer an Frauenhäusern, Gleichstellungsarbeit oder Demokratieprojekten spart, spart nicht effizient, sondern gefährdet Schutz, Teilhabe und die demokratische Stabilität der Stadtgesellschaft.

### **Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen**

Das gegliederte Schulsystem trägt auch in Köln maßgeblich zur Reproduktion sozialer Ungleichheit bei. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt weiterhin stark von der sozialen Herkunft, dem Einkommen und dem Bildungsstand der Eltern ab. Gerade in einer sozial und räumlich stark differenzierten Stadt wie Köln verfestigen sich diese Unterschiede bereits früh im Bildungssystem.

Gesamtschulen stehen für längeres gemeinsames Lernen, höhere Durchlässigkeit und bessere Bildungschancen unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in Köln zeigt deutlich, dass dieses Schulmodell dem Bedarf vieler Familien entspricht. Besonders im rechtsrheinischen Stadtgebiet fehlen jedoch weiterhin ausreichend Gesamtschulplätze, sodass viele Schüler\*innen auf andere Schulformen oder lange Schulwege verwiesen werden.

Aus jungsozialistischer Sicht muss dieser strukturelle Mangel bei der Schulentwicklungsplanung und beim Bau neuer Schulstandorte in Köln konsequent berücksichtigt werden. Wo neue Schulen entstehen oder bestehende Standorte erweitert werden, ist dem Gesamtschulmodell insbesondere im rechtsrheinischen Köln systematisch der Vorrang zu geben. Schulentwicklungsplanung darf sich nicht an historisch gewachsenen Strukturen orientieren, sondern muss sich an sozialer Gerechtigkeit und tatsächlichen Bedarfen ausrichten.

### **Mobilität als Frage sozialer Gerechtigkeit**

Mobilität ist in Köln eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe. Noch immer sind insbesondere die Randbezirke sowie die rechte Rheinseite in ihrer Anbindung an Arbeitsplätze, Bildungsangebote und soziale Infrastruktur benachteiligt. Unzureichende Taktungen, fehlende Direktverbindungen und eine hohe Abhängigkeit vom Individualverkehr verstärken bestehende soziale Ungleichheiten zwischen den Stadtteilen.

Jungsozialistische Verkehrspolitik in Köln setzt daher auf einen leistungsfähigen, bezahlbaren und flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehr. Der konsequente Ausbau von Bus- und Stadtbahnangeboten – insbesondere in Stadtteilen wie Chorweiler, Rodenkirchen, Porz, Kalk oder Mülheim – ist ebenso notwendig wie die Stärkung von Verbindungen abseits der Innenstadt.

Ergänzend braucht Köln eine durchgängige und sichere Radverkehrsinfrastruktur, die auch für Kinder, ältere Menschen und ungeübte Radfahrende nutzbar ist. Derzeit bestehen insbesondere entlang stark befahrener Hauptverkehrsachsen weiterhin erhebliche Sicherheitsdefizite.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Tempo 30 sind dabei kein Selbstzweck, sondern ein zentrales Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Reduzierung von Lärm- und Schadstoffbelastung sowie zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Straßen wie die Kalker Hauptstraße, die seit Jahren eine hohe Unfallbelastung aufweist und nachweislich als gefährlichste Straße Kölns gilt (Kölner Stadtanzeiger, 2025), zeigen exemplarisch, dass Tempo-Reduzierungen, sichere Querungen und eine Neuaufteilung des Straßenraums dringend notwendig sind. Gerade in dicht bebauten Geschäfts- und Wohnstraßen mit hohem Fuß- und Radverkehr müssen der Schutz von Menschen und nicht die Durchfahrtsgeschwindigkeit im Mittelpunkt stehen.

Eine sozial gerechte Verkehrspolitik für Köln stellt nicht den Autoverkehr, sondern die Sicherheit und Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund – und schafft so mehr Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität in allen Stadtteilen.

### **Klimaschutz darf nicht vertagt werden**

Das von der Stadt Köln beschlossene Ziel der Klimaneutralität bis 2035 darf weder relativiert noch zeitlich verschoben werden. Kommunalpolitik trägt eine besondere Verantwortung, dieses Ziel durch verbindliche Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und eine auskömmliche Finanzierung zu hinterlegen. Klimaschutz ist dabei keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern zentrale Voraussetzung für Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität in der Stadt.

Konkret bedeutet das für Köln unter anderem den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien auf kommunalen Gebäuden, eine sozial gerechte Wärmewende mit gezielten Förderprogrammen für Mieter\*innen und einkommensschwache Haushalte sowie eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Gleichzeitig müssen Klimaanpassungsmaßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung, Frischluftschneisen und hitzeresiliente Quartiersentwicklung insbesondere in belasteten Stadtteilen priorisiert werden.

136 Sozial gerechter Klimaschutz in Köln bedeutet auch, bestehende Strukturen und  
137 Prioritäten zu hinterfragen – etwa bei Flächenverbrauch, Verkehrspolitik oder  
138 der Verteilung kommunaler Investitionen. Nur wenn Klimaschutz konsequent,  
139 verbindlich und sozial ausgewogen umgesetzt wird, kann Köln seiner Verantwortung  
140 gerecht werden und die Klimaziele tatsächlich erreichen.

### 141 **Kultur erhalten und Räume für junge Menschen sichern**

142 Clubs, Jugendkultur und freie Kulturorte sind in Köln zentrale Räume der  
143 Begegnung, der politischen Bildung und der kulturellen Vielfalt. Sie prägen das  
144 städtische Leben insbesondere für junge Menschen und leisten einen wichtigen  
145 Beitrag zu Teilhabe, Integration und demokratischer Stadtgesellschaft. Orte wie  
146 freie Initiativen, soziokulturelle Zentren und Clubstandorte sind dabei weit  
147 mehr als Freizeitangebote, sie sind soziale Infrastruktur.

148 Das fortschreitende Club- und Kulturstättensterben in Köln ist Ausdruck einer  
149 Stadtentwicklung, die Flächen- und Verwertungsinteressen zunehmend über  
150 kulturelle Bedürfnisse stellt. Steigende Mieten, kurzfristige Nutzungsverträge,  
151 Lärmschutzkonflikte und fehlende Planungssicherheit gefährden insbesondere  
152 nichtkommerzielle und junge Kulturangebote. Entwicklungen in Stadtteilen wie  
153 Ehrenfeld, Mülheim oder der Innenstadt zeigen, dass kulturelle Räume häufig  
154 verdrängt werden, sobald Quartiere aufgewertet werden.

155 Aus jungsozialistischer Sicht muss die Kölner Kulturpolitik dem mit  
156 verbindlichen strukturellen Maßnahmen begegnen. Dazu gehören die  
157 planungsrechtliche Sicherung von Club- und Kulturstandorten, langfristige Miet-  
158 und Nutzungsperspektiven, sowie eine verlässliche finanzielle Förderung freier  
159 Träger. Ebenso notwendig ist die aktive Einbindung junger Menschen in  
160 kulturpolitische Entscheidungsprozesse, etwa durch Beteiligungsformate,  
161 transparente Förderstrukturen und jugendgerechte Zugänge zu Räumen.

### 162 **Klare Kante gegen Rechts**

163 Eine Zusammenarbeit mit der AfD widerspricht fundamental den  
164 sozialdemokratischen und jungsozialistischen Grundwerten. Dies gilt ausdrücklich  
165 auch für Formen der indirekten Kooperation, etwa durch Mehrheitsbeschaffung,  
166 gemeinsame Abstimmungen oder das bewusste Inkaufnehmen von AfD-Stimmen in Rat,  
167 Ausschüssen oder Bezirksvertretungen.

168 Gerade auf kommunaler Ebene trägt die Politik eine besondere Verantwortung für  
169 das Funktionieren demokratischer Institutionen und den gesellschaftlichen  
170 Zusammenhalt in einer vielfältigen Stadtgesellschaft. Die AfD steht für eine  
171 Politik der Ausgrenzung, der sozialen Spaltung und der Relativierung  
172 demokratischer Grundprinzipien – Positionen, die mit den Zielen einer  
173

solidarischen, offenen und antirassistischen Stadt Köln unvereinbar sind.

Eine klare und nachvollziehbare Abgrenzung im Rats- und Ausschussalltag ist daher unerlässlich. Demokratische Mehrheiten in Köln müssen ohne die AfD organisiert werden.

Für jungsozialistische Kommunalpolitik in Köln bedeutet dies, klare Haltung zu zeigen, Verantwortung für die demokratische Kultur zu übernehmen und jede Form der Normalisierung rechter Politik konsequent zurückzuweisen.

### **Gleichstellung strukturell umsetzen**

Gleichstellung ist in Köln keine Symbolpolitik, sondern eine Frage von Macht, Repräsentation und struktureller Gerechtigkeit. Die Zusammensetzung der Verwaltungsspitze prägt maßgeblich politische Prioritäten, Entscheidungsprozesse und Verwaltungskultur – und damit die konkrete Lebensrealität der Kölner\*innen.

Da in den kommenden Jahren sämtliche Dezernatsposten der Stadt Köln neu besetzt werden, ergibt sich eine besondere kommunalpolitische Verantwortung. Dieser Prozess muss konsequent genutzt werden, um Geschlechtergerechtigkeit in der Führungsebene der Stadtverwaltung strukturell zu verankern. Die bisherige Unterrepräsentanz von Frauen in Dezernaten ist kein individuelles, sondern ein systemisches Problem und darf nicht fortgeschrieben werden.

Aus jungsozialistischer Sicht muss die paritätische Besetzung der Dezernatsposten zum verbindlichen Maßstab kommunaler Personalpolitik in Köln werden. Dies erfordert transparente Auswahlverfahren, klar definierte Gleichstellungsziele sowie die konsequente Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Kriterien bei der Besetzung von Spitzenpositionen.

Eine Verwaltungsspitze, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegelt, stärkt nicht nur die Gleichstellung, sondern auch die demokratische Legitimation und Leistungsfähigkeit der Kölner Stadtverwaltung. Parität ist damit kein freiwilliges Ziel, sondern Ausdruck moderner, verantwortungsvoller Kommunalpolitik.

### **Quellen:**

<https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038>  
<https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038>

## **A25 Arbeitsprogramm 2026**

Antragsteller\*in: JUBV

### **Antragstext**

#### **2026 - HEIßT ENDLICH ZEIT FÜR BILDUNGSARBEIT!**

Dieses Arbeitsprogramm bildet die Grundlage der politischen Arbeit des Juso Unterbezirksvorstandes Köln im Kalenderjahr 2026. Inhaltliche Schwerpunkte sowie strukturelle Grundlagen sind Kern dieses Programms und müssen vom Vorstand umgesetzt werden. Über die Umsetzung wird zum Ende der Amtszeit Rechenschaft abgelegt.

#### **ARBEITSKREISE**

Der JUBV soll das bestehende System zur Planung von Bildungsveranstaltungen durch Arbeitskreise weiterführen und dieses Vorgehen alle drei Monate evaluieren. Bestehende Arbeitskreise werden fortgeführt, sofern sie arbeitsfähig sind und kein erheblicher Mangel an Interesse an deren Fortführung besteht. Bildungsarbeit findet nicht nur bei Vorträgen im Parteihaus statt, der JUBV ist verpflichtet, sicherzustellen, dass regelmäßig spannende Einrichtung im Kölner Stadtgebiet besucht werden können. Der JUBV kann eigene zentral geplante Politikabende zu verschiedenen Themen durchführen und dessen Mitglieder sollen sich aktiv an der Arbeit in den Arbeitskreisen beteiligen und sind verantwortlich dafür, dass angesetzte Politikabende auch durch die AKs bespielt werden. Schwerpunktthema für das Vorstandsjahr 2026 ist der Feminismus.

#### **FEMINISMUS**

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass feministische Perspektiven und insbesondere die gezielte Förderung von FINTA\*-Personen in unserer Organisation stärker verankert werden müssen. Derzeit sind nur 27 Prozent unserer Mitglieder Frauen. Dieses Ungleichgewicht wollen und müssen wir aktiv angehen. Ein zentraler Baustein ist dabei eine gezielte Empowerment-Strategie für FINTA\*. Dazu gehört insbesondere eine Neumitglieder-Kampagne, die sich bewusst und niedrigschwellig an FINTA\*-Personen richtet und politische Teilhabe, Solidarität und Vernetzung in den Mittelpunkt stellt. Ziel ist es, neue Zugänge zu schaffen

und bestehende Hürden abzubauen. Gleichzeitig wollen wir unsere eigenen Strukturen kritisch evaluieren. Wir werden systematisch untersuchen, aus welchen Gründen Frauen und andere FINTA\*-Personen seltener an thematischen Veranstaltungen und teambildenden Formaten teilnehmen als Männer. Dabei nehmen wir insbesondere die inhaltliche Ausrichtung der Veranstaltungen, organisatorische Rahmenbedingungen sowie infrastrukturelle Fragen (etwa Zeiten, Orte und Vereinbarkeit mit Care-Arbeit) in den Blick. Auf Grundlage dieser Analyse sollen konkrete Veränderungen entwickelt und umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir feministische Inhalte stärker in unsere alltägliche politische Arbeit integrieren. Zu diesem Zweck wird vor jedem Themenabend (mit Ausnahme von Vor-Ort-Besuchen) eine „feministische Viertelstunde“ eingeführt. In diesem Rahmen sollen feministische Perspektiven, aktuelle Debatten oder strukturelle Fragen sichtbar gemacht und gemeinsam reflektiert werden. So wird Feminismus nicht als Randthema, sondern als selbstverständlicher Bestandteil unserer politischen Praxis verstanden. Ein weiterer zentraler Bestandteil feministischer Verbandsarbeit ist die gezielte Stärkung unseres verbandsinternen FINTA\*-Netzwerks Roter Salon. Der Rote Salon soll nicht nur als Schutz-, Vernetzungs- und Bildungsraum fungieren, sondern gezielt als strategisches Gremium innerhalb des Verbandes weiterentwickelt werden. Dazu wollen wir die Raumfindung und die organisatorische Umsetzung von Treffen deutlich vereinfachen und verlässliche Strukturen schaffen. Inhaltlich soll der Rote Salon als Keimzelle für feministische Anträge, Kampagnen und politische Positionierungen dienen. Aktuelle feministische Debatten, gesellschaftliche Konfliktlinien und verbandspolitische Herausforderungen sollen dort frühzeitig aufgegriffen, gemeinsam analysiert und in konkrete politische Forderungen übersetzt werden. Thematische Impulse und Ideen aus der Basis sollen dabei schnell, niedrigschwellig und unbürokratisch in Anträge, Bildungsformate oder Kampagnen überführt werden. Dabei ist für uns klar: Feministische Arbeit im Verband muss immer intersektional gedacht werden. Geschlechterungleichheit wirkt nicht isoliert, sondern verschränkt sich mit anderen Macht- und Diskriminierungsverhältnissen wie Klassismus, Rassismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit oder Antisemitismus. Ein intersektionaler Feminismus nimmt diese Mehrfachbetroffenheiten ernst, macht unterschiedliche Lebensrealitäten sichtbar und stellt solidarische Bündnisse in den Mittelpunkt politischer Praxis. Gleichzeitig gilt: Feministische Kernarbeit darf sich nicht auf den Roten Salon beschränken. Die dort gebündelte Expertise soll Impulse setzen, Orientierung geben und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen; die Verantwortung für feministische Politik liegt jedoch ausdrücklich beim gesamten Verband und bei jedem einzelnen Mitglied. Feminismus ist kein delegierbares Spezialthema, sondern Maßstab für unser gemeinsames politisches Handeln. Das bedeutet auch, feministische Politik konsequent in der praktischen Verbandsarbeit mitzudenken. Feministische Veranstaltungsplanung heißt unter anderem, bereits im Vorfeld zu prüfen, ob vor Ort barrierearme und saubere Toiletten für menstruierende Personen vorhanden sind (und wenn dies nicht der Fall ist, dies transparent zu benennen und/oder nach Alternativen zu suchen). Ebenso gehört es dazu, Fragen von Sicherheit ernst zu nehmen, etwa durch eine bewusste Wahl von Veranstaltungsorten, klare Ansprechpersonen vor Ort sowie Überlegungen dazu, wie

ein möglichst sicherer Heimweg für Teilnehmende, insbesondere für FINTA\*-  
Personen, gewährleistet werden kann. Feministische Arbeit verstehen wir dabei  
ausdrücklich nicht als Nischenthema oder als "Anliegen einzelner Betroffener".  
In unserer Bildungsarbeit für den gesamten Verband wollen wir deutlich machen,  
dass Patriarchat und Geschlechterhierarchien allen schaden; unabhängig vom  
Geschlecht. Starre Rollenbilder, Machtstrukturen und Erwartungen reproduzieren  
Ungleichheit und verhindern solidarisches Miteinander. Feminismus ist daher eine  
gesamtgesellschaftliche und verbandspolitische Aufgabe, die alle betrifft und zu  
der alle Verantwortung tragen.

### **INTERNATIONALISMUS**

Als internationalistischer Verband sind wir der festen Überzeugung, dass eine  
Lösung der Kriege, des Klimawandels und der weiteren Herausforderungen unserer  
Zeit nur durch internationale Solidarität und Zusammenarbeit gelingt. Im Rahmen  
unserer internationalistischen Arbeit eröffnen wir den Raum, um über die  
aktuellen internationalen Entwicklungen zu sprechen, wollen uns aber auch  
bewusst mit bestimmten Themen längerfristig und tiefgreifend auseinandersetzen.  
Wir planen im Laufe des Jahres unseren Fokus auf den Nahen / Mittleren Osten  
sowie auf Nordafrika zu legen und eine Reihe von Veranstaltungen, mit Hilfe von  
Expert\*innen und Dozenten\*innen, hierzu zu gestalten. Dabei beleuchten wir  
insbesondere die Rolle der Europäischen Union und Deutschlands in dieser Region,  
von der kritischen Auseinandersetzung mit der Abschottungs- und  
Migrationspolitik der EU bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit. Besonderes  
Augenmerk legen wir hierbei auf den politischen Feminismus in dieser Region und  
setzen uns auseinander mit der dortigen Lebensrealität sowie patriarchalen  
Strukturen. Unser feministisches und sozialistisches Selbstverständnis endet  
nicht an der eigenen Haustür. Unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und  
Menschenrechten ist universell und internationalistisch.

### **SOZIALE GERECHTIGKEIT**

Wir sind Arbeiter\*innenpartei und wollen uns im kommenden Vorstandsjahr stärker  
mit dem Thema Arbeit auseinander setzen. Denkbar sind Themen wie z.B. Armut  
trotz Arbeit, Minijobs, Leiharbeit. Außerdem möchten wir uns schwerpunktmäßig  
mit der Situation in benachteiligten Kölner Stadtteilen befassen. Ein Beispiel  
dafür wäre der Kölnberg im Stadtbezirk Rodenkirchen.

### **GEWERKSCHAFTEN UND WEITERE BÜNDNISARBEIT**

Der Gewerkschaftsjugendrat der Jusos Köln soll reaktiviert werden, außerdem  
benennt der JUBV eine Person als gewerkschaftspolitische Ansprechperson. Ziel  
ist eine bessere Vernetzung der Jusos Köln mit jungen Gewerkschaftsmitgliedern.  
Insgesamt soll die Bündnisarbeit mit anderen Jugendorganisationen ausgebaut  
werden, das gilt im Besonderen für die Grüne Jugend, die Linksjugend, die Falken

und die Junge Linke. Darüber hinaus sind bestehende Unvereinbarkeiten einzuhalten.

### **GRÖßERE AKTIONEN**

Sommer, Sonne, Kaktus: Das Sommercamp hat sich in den vergangenen Jahren als eine Veranstaltung etabliert, die den Zusammenhalt langfristig fördert und insbesondere neueren Genoss\*innen einen niedrigschwelligen Einstieg zu uns Jusos ermöglicht. Neben nervenaufreibenden Volleyballduellen sorgt die Möglichkeit, sich ein ganzes Wochenende lang mit Themen zu beschäftigen, dafür, dass sehr tief in diese eingetaucht werden kann.

Zeit, dass sich was dreht: Wir möchten wieder ein Fußballturnier zwischen den Stadtbezirken veranstalten. Auch wenn es bei unserem Fußballturnier keinen FIFA-Friedenspreis geben wird, hoffen wir auf eine Veranstaltung ohne Verletzungen (und mit viel Spaß).

Gedenkstättenfahrt Brauweiler: Mit der Gedenkstättenfahrt nach Brauweiler wollen wir an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern und uns mit der Rolle staatlicher Gewalt, politischer Verfolgung und Entrechtung auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung mit diesem historischen Ort ist für uns Teil einer aktiven antifaschistischen Erinnerungskultur und Mahnung für unser heutiges politisches Handeln.

Neue Orte, neue Perspektiven: Die Bildungsreise bietet uns die Möglichkeit, politische Zusammenhänge außerhalb des gewohnten Umfeldes zu erleben und gemeinsam zu reflektieren. In den vergangenen Jahren führten uns Bildungsreisen unter anderem nach Warschau, München und Straßburg, wo Geschichte, Gegenwart und politische Praxis unmittelbar erfahrbar wurden. Der intensive Austausch über mehrere Tage hinweg ermöglicht es, Themen vertieft zu behandeln und die politische Bildung mit gemeinschaftlichem Erleben zu verbinden.

### **ANTRAGSWIKI**

„Gab es diesen Antrag nicht schonmal?“ „Das ist doch schon längst Beschlusslage, oder?“ Um hier Abhilfe zu leisten, werden wir eine Art „Jusos Köln Antragswiki“ erstellen. Hierfür werden Anträge aus der Vergangenheit (mindestens die Jahre 2022-2026) in Kategorien gegliedert und zugänglich für alle gemacht. Die Ausgestaltung obliegt dem neugewählten Vorstand. In der Vergangenheit ist dieses Projekt oft an Kosten- und Zeitaufwand gescheitert. Dieses Jahr soll daher eine Lösung gefunden werden, die unter Abwägung dieser Kriterien trotzdem zu einem Ergebnis führt.

### **LEITFADEN**

Mit einem Leitfaden für Vorstandsposten wollen wir die Arbeit im Vorstand nachvollziehbarer und zugänglicher gestalten. Für Funktionen wie Vorsitz, Geschäftsführung, stellvertretende Vorsitzende, Schriftführung und Beisitzer:innen sollen Aufgaben, Zuständigkeiten und bewährte Abläufe übersichtlich festgehalten werden. So erleichtern wir insbesondere neuen Genoss:innen den Einstieg in Vorstandsarbeit, sichern Wissen und stärken eine verlässliche, kollektive Arbeitsweise im Verband.

### **VORWÄRTS!**

Nach den für uns Jusos sehr erfolgreichen Kommunalwahlen sind wir in den kommunalen Gremien unserer Stadt so stark wie nie zuvor. Diese Stärke gilt es jetzt zu nutzen. Dafür braucht es langfristig gedachte Vernetzungsangebote für alle Jusos, die in Köln kommunalpolitische Verantwortung tragen. Zusätzlich müssen wir zur Umsetzung unserer gemeinsamen politischen Ziele eng und vertrauensvoll mit unseren Ratsmitgliedern zusammenarbeiten. Als inhaltliche Leitlinie dafür dient der Antrag "Jungsozialismus op Kölsch". Im Jahr 2027 stehen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen an. Das bedeutet, dass die parteipolitischen Vorbereitungen dafür bereits zu Beginn des Vorstandsjahres 2026 stattfinden werden. Um die Interessen von uns als junger Generation innerhalb der KölnSPD bei diesem Prozess vernünftig wahrnehmen zu können, beauftragt die UBDK den JUBV mit dem Führen von strategischen Gesprächen, dem Nominieren möglicher Juso-Kandidierenden und dem durchsetzungstarken Einfordern von Juso-Interessen.

### **GEMEINSAM STARK!**

Wir wünschen uns für die Zukunft eine stärkere Vernetzung mit den Juso Kreisverbänden und Unterbezirken in unserer Nachbarschaft, denn gemeinsam sind wir immer stärker als alleine. Denkbar sind beispielsweise gemeinsame Bildungsveranstaltungen, das gemeinsame Verfassen von Anträgen für Juso-Landeskonferenzen oder auch der gemeinsame Besuch von Demonstrationen. Der JUBV hat diesen Prozess stetig zu evaluieren und weiterzuentwickeln.

### **GEDENK- UND AKTIONSTAGE!**

Ein weiterer wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist die Aktivität auf der Straße und im Netz. Ob es um die Unterstützung politischer Positionen oder die Solidarität gegenüber Initiativen und Bündnissen geht – Ausdruck unseres Willen diese Gesellschaft zu verändern ist das Lautsein. Dabei ist die Unterstützung der Juso-Stadtbezirke essentiell, wenn wir allen Mitgliedern die Teilnahme ermöglichen und besonders breit in der Stadtgesellschaft auftreten wollen.

Im kommenden Vorstandsjahr planen wir daher an folgenden Gedenk- und

Aktionstagen teilnehmen:

- 188 ● Feministischer Kampftag
- 189 ● Welttag gegen Rassismus
- 190 ● Gedenktag zum Attentat von Hanau
- 191 ● Tag der Arbeit
- 192 ● Gedenktag für die Opfer der NSU-Anschläge in Köln (Keupstraße & Probsteigasse)
- 193 ● Gedenktage an die Opfer des NS-Regimes
- 194 ● Reichspogromnacht
- 195 ● Gedenktag für die Opfer des Völkermords an Sinti\*zzze und Rom\*nja
- 196 ● Holocaust Gedenktag
- 197 ● CSD und IDAHOBIT

### 198 **GRUNDLAGEN UNSERER VERBANDSARBEIT!**

199 Die Jusos sind der Modernisierungsmotor der SPD – deshalb liegt es in der  
200 Verantwortung des JUBV, regelmäßig die eigenen Strukturen zu hinterfragen und  
201 sie gemeinsam mit den Mitgliedern auszubauen. Dafür ist eine angenehme Diskurs-  
202 und Arbeitsatmosphäre unabdingbar, welche durch die Einhaltung und Durchsetzung  
203 des Rabbich-Kodexes seitens des Vorstandes gewährleistet werden muss.

204 Zu den bestehenden Strukturen und alten sowie neuen Arbeitsaufträgen zählen:

- 205 ● Politikabende und Feierabend
- 206 ● Sorgfältige Neumitgliederarbeit und gezielte Ansprache inaktiver Mitglieder
- 207 ● Beständige Pressearbeit
- 208 ● Betreuung der Homepage und Social-Media-Kanäle
- 209 ● Konstituierung und Unterstützung von Arbeitskreise

- 210 ● Unterstützung der Stadtbezirke und Arbeitsgemeinschaften
- 211 ● Mobilisierung zu Veranstaltungen der NRW Jusos

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **A26 Awareness-Konzept der Jusos Köln**

Antragsteller\*in: JUBV

### **Antragstext**

#### **Präambel**

Als Jusos ist der Kampf für Gleichbehandlung und gegen die Unterdrückung aller Menschen zentraler Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir stellen uns gegen Diskriminierung jeglicher Art und möchten für Betroffene ansprechbar sein sowie offen dafür bleiben, interne diskriminierende Strukturen zu erkennen und aufzuarbeiten.

Wir wollen Räume schaffen, in denen sich alle wohlfühlen und in denen ein achtsamer, solidarischer und respektvoller Umgang miteinander gepflegt wird. Ziel dieses Awareness-Konzepts ist es, ein diskriminierungssensibles Umfeld zu etablieren, das allen Menschen eine gleichberechtigte und sichere Beteiligung an der Arbeit der Jusos Köln ermöglicht – ohne Ausgrenzung, Abwertung oder Grenzverletzungen.

Dieses Awareness-Konzept konkretisiert die in der Satzung der Jusos Köln verankerte Awareness-Arbeit und gilt, soweit es der Satzung nicht widerspricht.

#### **Grundverständnis von Awareness**

Awareness bezeichnet die (Selbst-)Reflexion von Personen und Gruppen über ihre Umgebung, ihre Rolle innerhalb gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie über daraus resultierende verantwortungsvolle Handlungen.

Die Jusos Köln verstehen Awareness als einen kontinuierlichen Prozess. Körperliche und psychische Grenzverletzungen sowie diskriminierendes Verhalten werden in unseren Räumen nicht toleriert. Grenzüberschreitungen können sich unter anderem in sexistischen, rassistischen, homo- oder trans\*feindlichen, ableistischen oder vergleichbaren Übergriffen äußern (nicht abschließende Aufzählung).

Wir benennen solches Verhalten klar, stellen uns entschieden dagegen und stellen das Wohl der betroffenen Personen in den Mittelpunkt.

## Geltungsbereich

Alle Teilnehmenden an Veranstaltungen der Jusos Köln sind verpflichtet, zu einem diskriminierungsfreien Raum beizutragen. Das Awareness-Konzept gilt sowohl für offizielle Veranstaltungen als auch für informelle Zusammenkünfte im Rahmen der Arbeit der Jusos Köln.

## Die Awareness-AG

### Selbstverständnis

Die Awareness-AG (A-AG) ist gemäß der Satzung der Jusos Köln eine Arbeitsgemeinschaft mit eigenem Antragsrecht. Sie bildet das ständige Gremium der Awareness-Arbeit der Jusos Köln. Die A-AG versteht sich als ergänzendes, unterstützendes und zugleich kritisch-reflektierendes Element der verbandsinternen Awareness-Arbeit.

### Aufgaben der Awareness-AG

Die Awareness-AG übernimmt insbesondere folgende Aufgaben:

1. **Anlaufstelle:**

Die A-AG ist eine vertrauliche und niedrigschwellige Anlaufstelle für alle Belange im Zusammenhang mit Unwohlsein, Grenzverletzungen oder diskriminierendem Verhalten im Rahmen der Jusos Köln. Die geteilten Informationen, Gedanken und Gefühle werden streng vertraulich behandelt.

2. **Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit:**

Die A-AG leistet kontinuierliche Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit, um diskriminierendes Verhalten zu vermeiden und ein fehlerfreundliches Lernumfeld zu ermöglichen.

3. **Begleitung des Vorstands:**

Die A-AG berichtet dem Vorstand der Jusos Köln regelmäßig in anonymisierter Form über ihre Arbeit, weist auf strukturelle Missstände hin und unterbreitet Verbesserungsvorschläge. Der Vorstand verpflichtet sich, diese Berichte in geeigneter Weise zu berücksichtigen.

56        **4. Weiterentwicklung des Konzepts:**

57            **Die A-AG entwickelt das Awareness-Konzept kontinuierlich weiter.**

58            **Änderungen werden der Unterbezirksdelegiertenkonferenz zur**

59            **Beschlussfassung vorgelegt.**

60        **Zusammensetzung der Awareness-AG**

61        **Die Awareness-AG besteht aus vier bis fünf stimmberechtigten Mitgliedern.**

62        **Ergänzt wird sie durch einen Awareness-Beauftragten des Vorstandes der Jusos**

63        **Köln, der\*die beratend und ohne Stimmrecht tätig ist und die Anbindung an den**

64        **Vorstand sicherstellt.**

65        **Die Quotierung der Awareness-AG ist zwingend erforderlich. Die A-AG soll:**

66            • **mindestens zu 50 % mit Frauen besetzt sein,**

67            • **mindestens eine BIPoC-Person umfassen,**

68            • **FINTA\*-Personen ausdrücklich zur Mitarbeit ermutigen,**

69            • **nach Möglichkeit auch queere Personen einbeziehen.**

70        **Gleichzeitig soll die A-AG nicht ausschließlich aus strukturell betroffenen**

71        **Personen bestehen, um Care-Arbeit solidarisch zu verteilen.**

72        **Die Zusammensetzung der Awareness-AG soll auf eine Mischung aus erfahrenen und**

73        **neuen Mitgliedern achten, um Wissensweitergabe zu ermöglichen und einer**

74        **Verfestigung von Strukturen entgegenzuwirken.**

75        **Bestimmung der Mitglieder**

76        **Die Mitglieder der Awareness-AG werden auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz**

77        **per Akklamation nominiert und anschließend vom Vorstand in der konstituierenden**

78        **Sitzung ernannt.**

79        **Einwände können anonym an den Vorstand gerichtet werden.**

Personen, die Gegenstand eines laufenden Awareness-Verfahrens sind, sollen für die Dauer des Verfahrens nicht Teil der Awareness-AG sein. Sollte sich der zugrundeliegende Verdacht bewahrheiten, sind sie auch weiter von der Awareness-Arbeit ausgeschlossen.

## Einwände gegen Mitglieder der Awareness-AG

Einwände oder Bedenken gegen aktive Mitglieder der Awareness-AG können an andere Mitglieder der A-AG oder an den Vorstand herangetragen werden. Das weitere Vorgehen wird vom Vorstand in enger Abstimmung mit der Awareness-AG erörtert.

## Awareness-Arbeit auf Veranstaltungen

Zu Beginn von Veranstaltungen wird das Awareness-Konzept erläutert und das jeweilige Awareness-Team (A-Team) vorgestellt. Die Erreichbarkeit der A-Personen wird deutlich kommuniziert. A-Personen sind durch sichtbare Erkennungszeichen kenntlich gemacht.

An geeigneten Orten werden Informationen zum Awareness-Konzept ausgehängt. Wenn möglich, wird ein Awareness-Raum eingerichtet, der ausschließlich vom A-Team genutzt wird.

Die A-Personen zeigen Präsenz, beobachten das Geschehen und sind ansprechbar. Sie sind nicht verpflichtet, aktiv in Konflikte einzugreifen. Eigene Grenzen und der Eigenschutz sind stets zu beachten. Die A-Personen sind keine Konflikt- oder Streitschlichter\*innen und keine psychologischen Berater\*innen.

Bei Bedarf kann die Awareness-AG dem Vorstand oder der Versammlungsleitung empfehlen oder selbst Personen von der Veranstaltung zu verweisen oder die Veranstaltung als ganze beenden.

Während der Awareness-Schichten wird konsequente Nüchternheit erwartet.

## Safer Spaces, Plena und Vernetzung

Die Jusos Köln schaffen gezielt Safer Spaces, insbesondere durch:

- FINTA\*-Plena und Vernetzungstreffen,
- Männer-Plena zur antisexistischen Bildungsarbeit,

- Queere Plena bei Bedarf,

- BIPOC-Vernetzung in Verbindung mit Critical-Whiteness-Arbeit.

Diese Räume dienen der Vernetzung, Reflexion und politischen Bildungsarbeit und werden entsprechend vorbereitet, moderiert und geschützt.

## Umgang mit Awareness-Fällen

Awareness-Fälle werden vertraulich und in enger Abstimmung mit den betroffenen Personen behandelt. Das Wohl der Betroffenen steht stets an erster Stelle. Die Definitionsmacht darüber, was als übergriffig oder unangemessen empfunden wird, liegt bei den Betroffenen.

Die Awareness-AG informiert die Awareness-beauftragte Person im Vorstand unter Wahrung der Vertraulichkeit über den Stand des Verfahrens. Weitere Schritte erfolgen in Absprache mit den Betroffenen und im Rahmen der Möglichkeiten eines politischen Jugendverbandes.

## Schlussbestimmung

Dieses Awareness-Konzept ist für alle Mitglieder der Jusos Köln verbindlich und den Mitgliedern zugänglich zu machen. Es wird regelmäßig evaluiert und bei Bedarf weiterentwickelt.

## Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

## **A27 Touch some grass – Zukunft braucht anständige Begegnungsflächen!**

Antragsteller\*in: Jusos Nippes & Jusos Chorweiler

### **Antragstext**

Die Jusos Köln fordern die KölnSPD auf, die Schaffung neuer, sowie die Instandsetzung und Wiederbelebung bestehender, Bewegungs- und Begegnungsstätten in Köln zu priorisieren und konsequent voranzutreiben.

Wir fordern daher:

1. eine Bestandsaufnahme aller öffentlichen Bewegungs- und Begegnungsflächen (z. B. Bolz-, Spiel- und Basketballplätze) hinsichtlich Zustand, Nutzbarkeit und Bedarf.
2. die zügige Sanierung bestehender, stark frequentierter und aktuell vernachlässigter Anlagen
3. die Schaffung neuer niedrigschwelliger, kostenfrei nutzbarer Bewegungs- und Aufenthaltsflächen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.
4. eine dauerhafte Pflege, Wartung und soziale Begleitung dieser Orte, um ihre langfristige Nutzbarkeit und Attraktivität sicherzustellen.

Bewegungs- und Begegnungsstätten müssen als zentraler Bestandteil kommunaler Jugend-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik verstanden und entsprechend finanziell und planerisch abgesichert werden.

### **Begründung**

Öffentliche Bewegungs- und Begegnungsräume sind essentiell für das soziale Miteinander in einer wachsenden Stadt wie Köln. Sie bieten insbesondere Kindern und Jugendlichen niedrigschwellige Möglichkeiten zur körperlichen Betätigung, zum Austausch und zum Kennenlernen – unabhängig von sozialer Herkunft, Einkommen oder kulturellem Hintergrund.

Der aktuelle Zustand vieler dieser Flächen, wie etwa der Bolzplätze im Nippeser Nordpark und Worringen sowie des Basketballplatzes an der Amsterdamer Straße, ist seit Jahren desolat. Marode Böden, fehlende Ausstattung und mangelnde Pflege führen dazu, dass diese Orte gemieden werden und ihr eigentliches Potenzial als Treffpunkte verloren geht.

Gerade in dicht besiedelten Veedeln übernehmen solche Flächen eine zentrale Funktion für Zusammenhalt, Integration und Prävention. Sie fördern Begegnung über Milieus hinweg, stärken soziale Bindungen und bieten jungen Menschen Alternativen zu kommerzialisierten Freizeitangeboten.

Als Jusos Nippes/Chorweiler setzen wir uns für eine Stadt ein, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Raum zur Entfaltung bietet. Wer soziale Teilhabe ernst meint, muss öffentliche Räume schaffen und dauerhaft erhalten. Zukunft braucht anständige Flächen!

## **A28 Fähr-Antwortung übernehmen – Instandhaltung statt Untergang!**

Antragsteller\*in: Jusos Nippes, Jusos Chorweiler & Jusos  
Rodenkirchen

### **Antragstext**

- 1 Die Stadt Köln ist aufgefordert, die Rheinfähre Langel-Hitdorf und das Krokodil  
2 Weiß-Zündorf als traditionelle Fährverbindungen zu erhalten und zu schützen.
- 3 Die ebenfalls traditionelle Fährverbindung Niehl-Stammheim/Flittard ist wieder  
4 in Betrieb zu nehmen.

### **Begründung**

Die traditionellen Fährverbindungen in Langel-Hitdorf, Zündorf–Weiß sowie Niehl–Stammheim/Flittard, sind ein wichtiger Bestandteil der städtischen Infrastruktur und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Mobilität, Lebensqualität und Identität unserer Stadt. Sie verbinden Stadtteile auf kurzem Wege, sparen lange Umfahrungen und stellen für viele Bürger\*innen eine alltagstaugliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr dar.

Gerade vor dem Hintergrund der sozial-ökologischen Verkehrswende müssen diese Fährverbindungen erhalten, geschützt und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Insb. die Förderung von elektrisch betriebenen Fähren (E-Fähren) bietet hierbei, besonders bei der Wiederinbetriebnahme der Rheinfähre Niehl-Stammheim/Flittard, eine große Chance: Sie ermöglichen einen emissionsarmen, leisen und klimafreundlichen Betrieb und leisten damit einen konkreten Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Eine gezielte Förderung durch Stadt und Land kann dazu beitragen, die Betriebskosten zu senken, den Fortbestand der Verbindungen zu sichern und Köln als Vorreiterin für nachhaltige Mobilität auf dem Rhein zu positionieren.

Darüber hinaus haben die Fähren einen hohen sozialen und wirtschaftlichen Nutzen. Sie sind niedrigschwellige, bezahlbare Transportmittel, die insbesondere für Pendler\*innen, Familien, ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen von großer Bedeutung sind. Gleichzeitig stellen sie ein wichtiges touristisches Angebot dar: Die Rheinfähren prägen das Stadtbild, sind Teil der kölschen Tradition und erhöhen die Attraktivität der Rheinregion für Besucher\*innen. Davon profitieren lokale Gastronomie, Einzelhandel und das kulturelle Leben in den angeschlossenen Stadtteilen.

Der Erhalt dieser traditionellen Transportmöglichkeiten bedeutet daher nicht rückwärtsgewandte

Verkehrspolitik, sondern eine moderne, nachhaltige und sozial gerechte Mobilitätsstrategie, die ökologische Verantwortung mit den Bedürfnissen der Menschen vor Ort verbindet. Eine Vernachlässigung oder gar Aufgabe der Fährverbindungen würde nicht nur eine wertvolle Infrastruktur zerstören, sondern auch einen Verlust an Lebensqualität, Identität und wirtschaftlichem Potenzial für Köln bedeuten.

## **A29 Der Pfandmafia das Handwerk legen**

Antragsteller\*in: Jusos Nippes, Jusos Chorweiler & Jusos  
Rodenkirchen

### **Antragstext**

1 Die Jusos und die SPD setzen sich dafür ein, dass auch Mehrwegpfand  
2 verpflichtend wird. Ausnahmen müssen, wenn überhaupt zulässig, mit  
3 entsprechenden Gebühren verbunden sein.

### **Begründung**

Fast 98% der Einwegpfandbehälter in Deutschland landet wieder im Pfandsystem (Statista). Die Pfandpflicht funktioniert. Bei Mehrwegbehältern ist sie bisher freiwillig, der finanzielle Anreiz der Unternehmen, ihre Flaschen zurückzubekommen sei groß genug. Das stimmt offensichtlich nicht ganz. Die gesetzliche Zielquote der Mehrwegbehälter, die zurückgehen, beträgt 70% (§ 1 III VerpackG), dahinter bleibt die Realität jedes Jahr aufs Neue weit zurück. Oft ist es lohnenswerter, ein eigenes Flaschendesign zu verwenden, um den Wiedererkennungswert zu steigern, oder es lohnt sich schlicht nicht, die Organisation und Infrastruktur für Pfandsysteme umzustellen. Als Verbotspartei sagen wir: Es muss eine Pflicht her, um das eigens gesetzte Ziel zu erreichen.

Auf eine Begründung, warum das Pfandsystem an sich sinnvoll ist, können wir hier hoffentlich verzichten.

## **A30 Umfahren statt umfahren – Fahrradweg Rheinpromenade**

Antragsteller\*in: Jusos Nippes & Jusos Chorweiler

### **Antragstext**

- 1 Die Stadt Köln ist aufgefordert, an der Rheinpromenade zwischen Deutzer und
- 2 Hohenzollernbrücke einen markierten Radweg in beide Richtungen einzurichten.
- 3 Dieser muss eine Breite von mind. 2 Metern aufweisen.

### **Begründung**

An der Stelle herrscht ein Verkehrschaos, Touris mischen sich mit Pendlerverkehr und Alle rennen und fahren kreuz und quer. Eine sichtbare Trennung der Wege sorgt für Fußgänger\*innen und Radler\*innen für mehr Sicherheit.

Natürlich wäre es wünschenswert den erforderlichen Platz dafür den Autos wegzunehmen, statt den Fußgänger\*innen, aber das ist schlicht unrealistisch. Dazu müsste entweder gebaut werden, was in der aktuellen Haushaltslage utopisch ist, oder eine Fahrradspur durch den Tunnel geführt werden, was den angespannten Autoverkehr dort belasten würde und eine Zumutung für Fahrräder in puncto Sicherheit -oder bei kaum realisierbarer baulicher Trennung zumindest in puncto Sicherheitsgefühl- wäre.

## **A31 Parteitag im Dom**

Antragsteller\*in: Jusos Nippes & Jusos Chorweiler

### **Antragstext**

- 1 Die Jusos Köln fordern die KölnSPD auf, sich für die Abhaltung der Parteitage im
- 2 Kölner Dom einzusetzen.

### **Begründung**

Politische Arbeit ist heute wichtiger denn je. Vor diesem Hintergrund kann die Arbeit der Jusos im letzten Jahr gar nicht unterschätzt werden. Wer so einen Betrag für die Demokratie leistet, verdient es auch, die perfekten Rahmenbedingungen zu erhalten.

Das Beste, was Köln zu bieten hat, ist der Dom.

Ein perfektes Match!

Merkt ihr selber, oder?

## **A32 Erst Stadt, dann Spiele – Olympia in Köln nachhaltig gestalten**

Antragsteller\*in: Jusos Rodenkirchen, Jusos Porz, Jusos  
Chorweiler & Jusos Nippes

### **Antragstext**

Die Jusos Köln fordern die KölnSPD auf, eine Bewerbung Kölns als “Leading City” für Olympische Spiele der Region Rhein-Ruhr (2036/40/44) nur zu unterstützen, wenn die geplanten Maßnahmen verbindlich festgeschrieben werden sowie langfristig einen echten sozialen und infrastrukturellen Mehrwert für die Menschen in ganz Köln und besonders in den Randbezirken schaffen.

Daher fordern wir:

1. Das geplante Olympische Dorf im Kölner Norden (Kreuzfeld) muss von Beginn an so konzipiert werden, dass es nach den Olympischen Spielen dauerhaft in ein bezahlbares, sozial durchmischtes Wohnviertel überführt wird.

2. Der Bau einer neuen S-Bahn-Station, neuer Autobahnab- und -zufahrten sowie eines flächendeckenden Netzes sicherer Fahrradwege muss verbindlich zugesagt, frühzeitig umgesetzt und langfristig gesichert werden.

3. Öffentliche Investitionen dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen, sondern müssen nachweislich den Bürger:innen vor Ort dienen.

4. Einbeziehung der Randbezirke in die Austragung und Planung. Olympische Veranstaltungen sollen bewusst auch außerhalb der Innenstadt stattfinden, damit Investitionen gerecht verteilt werden und nicht nur das Zentrum profitiert.

5. Öffentliche Gelder müssen der Allgemeinheit dienen, Investitionen durch Bund und Land dürfen nicht überwiegend privaten Konzernen zugutekommen. Alle Maßnahmen müssen nachweislich den Bewohner\*innen vor Ort nutzen.

6. Langfristige und vorausschauende finanzielle Planung, um Kostenexplosionen zu vermeiden.

23 Eine Zustimmung zu Olympia kann es nur geben, wenn diese infrastrukturellen  
24 Verbesserungen vorab politisch beschlossen, nachhaltig geplant und ihr  
25 dauerhafter Bestand garantiert wird.

### **Begründung**

Großsportveranstaltungen wie Olympische Spiele werden häufig mit wirtschaftlichen Chancen und internationaler Sichtbarkeit beworben. In der Praxis profitieren jedoch oft vor allem große Bau-, Event- und Immobilienkonzerne, während die Anwohner:innen langfristig mit steigenden Mieten, Verkehrsbelastung und unzureichender Infrastruktur konfrontiert sind.

Im Kölner Norden soll im Rahmen der Olympiaplanungen ein Olympisches Dorf errichtet werden, aus dem im Nachgang das neue Wohnquartier „Kreuzfeld“ samt neuen Verkehrsachsen und Anbindungen entstehen soll. Diese Maßnahmen bergen enormes Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklung, wenn sie konsequent an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet werden. Wir sagen: Ja zu Olympia, aber nicht um jeden Preis. Olympische Spiele dürfen kein kurzfristiges Prestigeprojekt sein, sondern müssen langfristig zu besserem Wohnen, besserer Mobilität und höherer Lebensqualität führen. Nachhaltige Infrastruktur, soziale Wohnraumentwicklung und echte Bürger\*innenvorteile müssen dabei im Mittelpunkt stehen und politisch verbindlich abgesichert werden.

Gerade weil Köln für die Olympischen Spiele erhebliche Gelder von Bund und Land erhalten würde, besteht eine einmalige Möglichkeit, die Stadt langfristig aufzuwerten und Probleme anzugehen, die seit Jahren bestehen. Besonders im Kölner Norden könnten endlich Projekte umgesetzt werden, die längst überfällig sind: ein ausgebauten ÖPNV-Netz, der Bau einer neuen S-Bahn-Station, sichere Radwege und eine neue oder wesentlich verbesserte Autobahnauf- und Zufahrt, die die Verkehrssituation spürbar entspannen würde. Diese Investitionen würden nicht nur für die Dauer der Spiele wirken, sondern dauerhaft den Alltag der Menschen verbessern.

## **A33 Justitia und die soziale Ungerechtigkeit**

Antragsteller\*in: SB Ehrenfeld

### **Antragstext**

1 In kaum einem europäischen Land ist das Vermögen so ungleich verteilt, wie in  
2 Deutschland. Umso wichtiger ist das Versprechen des Rechtsstaats, dass alle  
3 Menschen wenigstens vor dem Gesetz gleich sind. Ein zentrales Versprechen für  
4 das Vertrauen der Bürger\*innen in unsere Justiz.

5 Doch in der Realität entscheidet auch im Strafrecht häufig die finanzielle Lage  
6 über die Behandlung durch Justiz. Nicht aufgrund bösen Willens einzelner  
7 Akteur\*innen, vielmehr begünstigen strukturelle Regelungen Menschen mit  
8 finanziellen Ressourcen, während Menschen ohne Geld schlechter verteidigt,  
9 häufiger verfolgt und härter bestraft werden. So entsteht eine Klassenjustiz,  
10 die dem Anspruch von Gerechtigkeit widerspricht.

11 Diese Ungleichheit steht im klaren Widerspruch zu unseren sozialdemokratischen  
12 Grundwerten. Als Jusos setzen wir uns für einen Rechtsstaat ein, der  
13 Gerechtigkeit nicht vom Kontostand abhängig macht.

### **Für Reichtum gelten Sonderregeln**

15 Besonders deutlich zeigt sich Klassenjustiz im Vergleich zwischen  
16 Sozialleistungsbetrug und Steuerhinterziehung. Während Menschen, die auf  
17 Sozialleistungen angewiesen sind, schon bei kleinen Verstößen hart bestraft und  
18 gesellschaftlich stigmatisiert werden, haben große Steuerbetrügereien für  
19 Täter\*innen häufig nur geringe strafrechtliche Konsequenzen. Dabei ist der  
20 Schaden durch Steuerhinterziehung für die Allgemeinheit um ein Vielfaches höher.

21 Sozialbetrug liegt z. B. bereits dann vor, wenn Betroffene dem Staat etwa nicht  
22 mitteilen, dass sie in einer festen Partnerschaft leben. Durch eine feste  
23 Partnerschaft können die Bezüge gekürzt werden, wenn der\*die Partner\*in ein  
24 festes Einkommen hat. Das durch die fehlenden Angaben erlangte Geld führt aber  
25 nicht zu großem Wohlstand, sondern hilft meist nur dabei, Armut etwas  
26 abzumildern oder ein Mindestmaß an finanzieller Unabhängigkeit zu bewahren. Und  
27 trotzdem drohen hohe Strafen, die zukünftig im Führungszeugnis stehen. Dadurch

wird der Weg zurück in Arbeit und die gesellschaftliche Teilhabe zusätzlich erschwert.

Ganz anders sieht es bei Steuerhinterziehung aus. Wer den Staat um vergleichbare oder sogar deutlich höhere Summen durch Steuerbetrug erleichtert, kommt häufig mit Geldauflagen davon. Es gibt oft keine öffentliche Gerichtsverhandlung und keinen Eintrag im Führungszeugnis. Aber wer den Staat aus einer Position der Stärke und Wohlstandes betrügt, schadet der Allgemeinheit aus reiner Gier.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht zu rechtfertigen. Ein gerechter Rechtsstaat darf Armut nicht härter bestrafen als Reichtum und Solidarität nicht einseitig einfordern.

**Deswegen fordern wir:**

- **Höhere Bestrafung von Steuerhinterziehung, auch schon bei kleineren Summen**
- **Anpassung der Strafzumessung des Steuerstrafrechts an die des Betruges nach dem Strafgesetzbuch**
- **Berücksichtigung der Lebensumstände und Motive bei der Strafzumessung**

**Rechte kennen darf kein Luxus sein**

Grundsätzlich können sich Angeklagte vor dem Strafgericht selbst verteidigen. Doch die Justiz ist ein System mit eigenen Regeln, Abläufen und Sprache, die kaum verständlich ist. Selbst für ausgebildete Jurist\*innen ist das Strafverfahren oft komplex. Für Menschen ohne juristische Kenntnisse ist eine wirksame Selbstverteidigung daher faktisch kaum möglich und Richter\*innen fehlt die Zeit, die Angeklagten ordentlich durch den Prozess „zu führen“. In Folge werden viele Rechte nicht genutzt.

Wie das Recht auf eine\*n Pflichtverteidiger\*in. Es gibt Fälle, in denen der Staat eine Pflichtverteidigung stellen muss, etwa bei besonders schweren Vorwürfen oder in bestimmten gesetzlich geregelten Ausnahmen. Doch diese Fälle sind nicht nur selten, sondern die Pflichtverteidigung muss aktiv beantragt werden.

Aber selbst, wenn ein\*e Pflichtverteidiger\*in bestellt wird, ist die gleiche Behandlung vor Gericht nicht gewährleistet. Pflichtverteidiger\*innen erhalten eine feste, relativ niedrige Vergütung und haben oft deutlich weniger Zeit für einen Fall als privat und nach Stunden bezahlte Anwäl\*innen. Dabei gilt: Je besser die Verteidigung, desto geringer fällt in der Regel die Strafe aus. Auch

das für eine erfolgreiche Verteidigung notwendige Vertrauensverhältnis fehlt, wenn man sich erst kurz vor der Verhandlung begegnet.

Nicht nur für das Vertrauensverhältnis ist die späte Mandatierung problematisch, sondern auch für die strafrechtlichen Konsequenzen. Haben Angeklagte bereits im Ermittlungsverfahren Anwält\*innen, so kommt es häufig gar nicht erst zu einer Verhandlung.

Problematisch ist außerdem, dass Pflichtverteidiger\*innen von den Richter\*innen selbst bestellt werden. Wer also auch zukünftig berücksichtigt werden möchte, gerät in ein Abhängigkeitsverhältnis. Das kann dazu führen, dass Pflichtverteidiger\*innen weniger konfrontativ auftreten als gut bezahlte Strafverteidiger\*innen, die unabhängig agieren können.

Das alles zeigt: Sparen in der Strafjustiz geht auf Kosten der Ärmsten. Überlastete Gerichte, Zeitmangel und zu wenig Personal treffen diejenigen am härtesten, die sich keine private Verteidigung leisten können.

**Deswegen fordern wir:**

- **Eine gut ausgestattete Justiz, finanziell und personell**
- **Pflichtverteidiger\*innen grundsätzlich in jedem (Ermittlungs-) Verfahren und nicht nur auf Antrag der Angeklagten**
- **Pflichtverteidiger\*innen nach dem niederländischen Vorbild des „Legal Aid Board“ auswählen, um Unabhängigkeit zu gewährleisten**
- **„Top-Anwält\*innen“ zur Übernahme von „pro bono“-Arbeit verpflichten**

**Gegen Strafen nach sozialem Status**

Wie hoch eine Strafe ausfällt, liegt in Deutschland oft im Ermessen der Richter\*innen. Zwar gibt das Gesetz einen Rahmen vor, doch innerhalb dieses Rahmens spielen Einschätzungen über die Person eine große Rolle. Menschen mit einem „geordneten“ Leben werden häufig milder bestraft, während Armut, Arbeitslosigkeit oder Sucht als negativ ausgelegt werden. So fließen soziale Vorurteile in die Strafzumessung ein.

Hinzu kommt, dass Straftaten bei armen Menschen schneller als besonders schwer eingestuft werden. Diebstahl wird etwa häufiger als „gewerbsmäßig“ bewertet, weil unterstellt wird, er diene dem Lebensunterhalt. Notlagen führen oft nicht zu mehr Verständnis, sondern zu härteren Strafen.

Wenn eine Straftat nicht zu einer Haftstrafe führt, dann ist das Ergebnis meistens eine Geldstrafe. Sie wird in einer bestimmten Anzahl von Tagessätzen verhängt, wobei die Anzahl die Schwere der Tat widerspiegelt und die Höhe des einzelnen Tagessatzes sich nach dem monatlichen Nettoeinkommen des Verurteilten richtet. Die Idee dahinter ist, dass eine Geldstrafe für alle gleich spürbar sein soll, weil sie auf ihr Einkommen verzichten müssen. Vermögen wird bei der Bemessung nicht berücksichtigt.

In der Praxis funktioniert dieses System aber nicht, denn man muss es sich leisten können, auf das Einkommen verzichten zu können. Wer über Rücklagen oder Vermögen verfügt, kann eine Geldstrafe meist ohne größere Probleme bezahlen. Für Menschen, die ohnehin am Existenzminimum leben, kann dieselbe Strafe dagegen existenzbedrohend sein. Hinzu kommt, dass Gerichte das tatsächliche Einkommen häufig gar nicht genau kennen und es geschätzt wird. Das führt häufig dazu, dass wenn Armut nicht offengelegt wird, weil es vielleicht unangenehm für die Personen ist, oder Angeklagte (damit die Strafe grundsätzlich nicht so hoch ausfällt) einen guten Eindruck hinterlassen wollen, oft zu höheren Tagessätzen verurteilt werden, als eigentlich angemessen wäre. Das trifft besonders auf die „working poor“ zu. Gegen die falsche Berechnungsgrundlage können zwar Rechtsmittel eingelegt werden, aber das kostet aber wieder Zeit, Wissen und Geld.

Eine naheliegende Lösung wäre die Ermittlung von Gehältern über das Finanzamt. Aber leider ist in Deutschland nichts so wichtig, wie das Steuergeheimnis. Das Einkommen eines Menschen gilt als strikt privat. Folge: Der Staat nutzt sein vorhandenes Wissen nicht und nimmt lieber Ungerechtigkeit in Kauf.

**Deswegen fordern wir:**

- **Soziale Herkunft, Armut, Arbeitslosigkeit oder Suchterkrankungen dürfen bei der Strafzumessung nicht zu Nachteilen führen**
- **Straftaten aus Notlagen dürfen nicht pauschal als besonders schwer oder „gewerbsmäßig“ eingestuft werden; Armut darf keine Strafverschärfung begründen.**
- **Faire Geldstrafen, die den Verurteilten ein Existenzminimum belassen**
- **Einkommen nicht schätzen. Das Steuergeheimnis muss für diesen Fall außer Kraft gesetzt werden, damit dass Gerichte Zugriff auf das Einkommen von Angeklagten haben**